Einzelpreis 6 Mk. Halle, Dienstag, den 17. Oktober 1922 32. Jahrgang • Nr. 14

Schriftleitung: Hartz 42-44 Fernruf Nr. 4667
Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage mit dem täglichen Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Für die Frauen" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Sprechst. der Redaktion mittags von 12 bis 1 Uhr

Das Volksblatt ist amtliches Organ verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle Hartz 42-44.
Zweiggeschäftsstelle u. Buchhandlung: Gr. Ulrichstr. 27 Fernruf 4905. Postscheckkonto 11002 Erfurt. Bezugspreis: wöchentl. 30 Mk. monatlich 120 Mk. u. 10 Mk. Zustellungsgebühr. Durch die Post bezogen monatlich 130 Mk. Anzeigenpreis im Anzeigenteil 8 Mk. pro Millimeter u Spalte; desgleichen als Reklame im :: Textteil 30,— Mk. ::

Gemeinsames Interesse.

Der deutsch-russische Handelsverkehr durch Polen und die Lage der polnischen Eisenbahn.

(Bericht unseres Korrespondenten.)

Warschau, Mitte Oktober.

Im polnisch-russischen Friedensvertrag von Riga hat Polen den Transit aller Waren durch polnisches Gebiet nach Rußland zugestanden, mit alleiniger Ausnahme der deutschen und österreichischen Waren. Oesterreich war hier nur aufgenommen, um diesen Vertragspunkt nicht allzu offenkundig als Repressalie gegen Deutschland hinzustellen. Daß Polen mit dieser Bestimmung eine politische Waffe gegen Deutschland haben wollte, geht auch daraus hervor, daß ein geheimgehaltener Zusatz zu diesem Vertrag den Transit in einzelnen Fällen vorbehaltlich der Zustimmung Polens gestattete.

Im Juli des Jahres hat Polen bei den Vorbesprechungen, die für die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau stattfanden, auf diese antideutsche Bestimmung des Rigaer Vertrags verzichtet und den Transit durch Polen auch für Deutschland zugestanden. In letzter Zeit macht sich aber in gewissen Warschauer Kreisen eine Opposition gegen dieses Zugeständnis geltend. Sogar der Wirtschaftsbeirat beim polnischen Ministerium für Handel und Industrie hat diese Konzession kritisiert und überhaupt den Abschluß eines deutsch-polnischen Vertrags als nicht dringend bezeichnet. Daß diese Stellungnahme rein taktisch ist und wesentlich bezweckt, weitere polnische Forderungen bei den jetzt in Dresden geführten deutsch-polnischen Verhandlungen zu stützen, geht schon daraus hervor, daß sie sogar in der polnischen Rechtspresse nicht unwidersprochen geblieben ist.

Tatsächlich ist der deutsch-russische Transit durch Polen eine Verkehrsmaßnahme, an der Deutschland und Polen in gleicher Weise Interesse haben. Die polnische Eisenbahn ist trotz anerkennenswerter technischer Fortschritte finanziell in so trauriger Lage, daß immer und immer wieder im Finanzministerium der Plan einer Verpachtung der Staatsbahnen erörtert wird. **Ein reger Transitverkehr würde nur günstig auf die Finanzen der polnischen Bahnen einwirken.** Es braucht in diesem Zusammenhang nur auf die baltischen Staaten hingewiesen zu werden, die aus dem russischen Transitverkehr ganz erhebliche Einnahmen ziehen. Deutschland einerseits hat auch ohne den Landweg durch Polen den Verkehr über die Ostgrenze zur Verfügung, der für Nordrußland sogar praktischer sein dürfte. Trotzdem wäre für den deutschen Export nach Mittel- und Südrußland der Bahnverkehr sehr wertvoll, natürlich nur, wenn Polen nicht etwa durch technische Schikanen einen solchen Verkehr hemmt.

Um einen deutsch-russischen Warenverkehr durch Polen zu größerer Bedeutung kommen zu lassen, ist freilich eine Sanierung der Wirtschaftsverhältnisse ganz Mittel- und Osteuropas nötig. Aber auch hier gehen die Interessen Deutschlands und Polen parallel. Man braucht nur daran zu erinnern, daß der Dollar in Warschau stets mit dem Dollarkurs in Berlin steigt. Am 11. Oktober stieg er in Warschau zum erstenmal über 11 000.

Polen sollte also in wirtschaftlichen Dingen, zunächst bei den Dresdner Verhandlungen, nach der Erkenntnis handeln, daß es hier nicht um strittige Werte, sondern um ein gemeinsames Interesse geht.

Entweder — oder.

Wahl des Reichspräsidenten oder Bestätigung Eberts als endgültigen Reichspräsidenten für die Dauer von 7 Jahren.

Am Montag fand in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung der Führer der Koalitionsparteien im Beisein von Vertretern der Volkspartei über die Wahl des Reichspräsidenten statt. Die Sozialdemokratie war durch die Genossen Hermann Müller und Dittmann vertreten.

Stresemann entwickelte in der Sitzung nochmals die Auffassung des Vorstandes der Volkspartei, der bekanntlich aus politischen Gründen gegen eine Wahl am 3. Dezember ist. Seine Ausführungen, die schon in der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft Anklang fanden, verfehlten ihre Wirkung bei den Vertretern des Zentrums und der Demokraten nicht. Für die Sozialdemokratie erklärte Genosse Hermann Müller, daß **die Partei nach wie vor für die Vornahme der Wahl am 3. Dezember eintritt.** Diese Erklärung ergänzte Müller durch seine persönliche Meinung dahingehend, daß jetzt die provisorische Stellung des Reichspräsidenten in ein Definitivum umgewandelt werden könne und Reichspräsident Ebert als endgültiger Präsident des Deutschen Reiches in Anrechnung seiner vorläufigen Amtszeit auf sieben Jahre vom Reichstag bestätigt wird.

Diese von Müller gekennzeichnete Lösung, die bereits bei den bürgerlichen Parteien auf Bedenken stößt, ist nur durch einen verfassungsändernden Zweidrittel-Mehrheitsbeschluß des Reichstags durchführbar. Für die Sozialdemokratie ist nur eine der beiden von Müller angeführten Lösungen denkbar: **Entweder Volkswahl am 3. Dezember oder Bestätigung des jetzigen Reichspräsidenten als definitiven Präsidenten der deutschen Republik mit siebenjähriger Amtsdauer durch den Reichstag.**

Am Dienstag werden sich die Fraktionen mit der Präsidentenwahl beschäftigen und zu den beiden Lösungsmöglichkeiten Stellung zu nehmen haben. Es kann sich nicht „um die Festsetzung des Termins, bis zu dem die Wahl verschoben werden soll", handeln, wie die volksparteiliche „Zeit" erst in ihrer gestrigen Spätabendausgabe sagt, sondern nur um Vornahme der Wahl oder Schaffung eines Definitivums. Die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Dienstag wird jedenfalls über die Situation die notwendige Klarheit schaffen.

Bayerischer Faszismus.

Mit Stoßtrupps von Ort zu Ort. — Verprügelung von Arbeitern und Juden. — Die Orgesch-Regierung tatenlos.

Augsburg, 17. Oktober. (Eig. Drahtber.) Offenbar angeregt durch das Beispiel der italienischen Faszisten entfalten die bayrischen Nationalsozialisten in der letzten Zeit eine ganz auffallend lebhafte Tätigkeit. Der bekannte nationalsozialistische Führer Hitler zieht mit seinen Stoßtrupps von Ort zu Ort. In Rosenheim biwakierte er jüngst mit seinen Leuten auf dem Marktplatz. In Bad Tölz erschien er, umgeben von seinen bewaffneten Mannschaften, in einer Versammlung. In Allach trat er **mit drei Lastautos mit ungefähr 180 Mann auf, besetzte die Straßen des Orts und ließ drei Arbeiter verprügeln.** Am Sonntag war er unter Benutzung eines Extrazuges nach Koburg gefahren. Im bayrischen Oberland läßt er durch seine Geschöpfe in den Waffengeschäften Waffen aufkaufen. In der nationalsozialistischen Presse und in nationalsozialistischen Versammlungen wird die bayrische Regierung fortgesetzt auf das gröblichste beschimpft. Die Verprügelung von Juden und die Demolierung des Deutschen Theatercafés in München ist noch in aller Erinnerung. Augenscheinlich verfügen die Nationalsozialisten aus dunklen Quellen über große Geldmittel. Die bayrische Regierung sieht diesem ordnungsstörenden skandalösen Treiben tatenlos zu. Die Staatsanwaltschaft lehnt es ab, gegen die Landfriedensbrecher einzuschreiten.

Ostpreußische „Demokraten".

Die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei im Provinziallandtag der Provinz Ostpreußen hatte im Plenum des Provinziallandtags den Antrag gestellt, **die Kaiserbilder aus den Räumlichkeiten des Landeshauses zu entfernen.** Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der **Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten abgelehnt.** Damit jedoch nicht genug, man hielt es auch noch nicht einmal für notwendig, in eine Erörterung des Antrags einzutreten, der doch nur der Verordnung des preußischen Innenministers entspricht.

Ebenso lehnte der Provinziallandtag den sozialdemokratischen Antrag ab, den Freiherrn v. Gayl in Anbetracht seiner Tätigkeit für den staatsfeindlichen Heimatbund und infolge seiner Ablehnung des Gesetzes zum Schutze der Republik als Vertreter der Provinz im Reichsrat zu entheben. v. Gayl war bekanntlich Organisator der blutbefleckten Hindenburg-Empfänge Mitte dieses Jahres.

Entschließung der Berliner Parteifunktionäre.

Berlin, 17. Oktober. Die Berliner Funktionäre der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei nahmen gestern in einer Versammlung nach einem Referat des Genossen Rudolf Hilferding über Reparations- und Währungskrise eine Entschließung an, in der es heißt: „Der unaufhaltsame Währungsverfall bedroht alle auf Mark-Einnahmen angewiesenen Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger in ihrem Leben. Er zerrüttet aber auch die Wirtschaft. Das fügt zu der Teurung noch die Massenarbeitslosigkeit." Die Entschließung **erwartet dann baldige geeignete Maßnahmen, da sonst die Sozialdemokratie die Verantwortung für die drohenden Gefahren des Winters nicht mehr übernehmen kann.**

Gegen wucherische Preisberechnung.

Ein Antrag der sächsischen Regierung.

Die sächsische Regierung hat im Reichsrat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichsrat wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Preisberechnung nach fremder Währung nur noch für den Teil einer Ware gefordert werden darf, der **nachweislich importiert und in fremder Währung bezahlt worden ist.**

Beim Reichswirtschaftsministerium ist eine Stelle zu errichten, wo jeder Abnehmerverband in Fällen, in denen nach seiner Meinung gegen diesen gesetzlich festgelegten Kalkulationsgrundsatz verstoßen wird, ein Verfahren einleiten kann, in dessen Verlauf der Industrieverband, dem die liefernde Firma der Natur ihres Betriebes nach zuzurechnen ist, nachzuweisen hat, daß tatsächlich bei den in Frage kommenden Waren der aus dem Ausland importierte Bestandteil sich in der der Kalkulation zugrunde gelegten Höhe bewegt."

Doppelte Schande!

Vom marxistischen Klassenkämpfer zum anarchistischen Prügelknaben hakenkreuzlerisch-kommunistischer Raufereien?

Die innere Stadt Berlins wurde am Vormittag des letzten Sonntags, wie bereits gestern im „Volksblatt" ausführlich gemeldet, zum Schauplatz wüster Kämpfe, bei denen es einen Toten und zahlreiche mehr oder minder schwer Verletzte gab. Anlaß zu diesen Kämpfen gab eine vom „Bund für Freiheit und Ordnung" einberufene Versammlung und ein kommunistischer Versuch, sie gewaltsam zu sprengen.

Der „Bund für Ordnung und Freiheit" ist von uns schon gekennzeichnet worden. Es ist eine Organisation zur Organisierung des Streikbruchs, eine schwarzweißrote hakenkreuzlerische Gesellschaft. In seiner Versammlung, die trotz des kommunistischen Sprengungsversuchs stattfinden konnte, ließ man den Mörder Techow hochleben, schwenkte man schwarzweißrote Fahnen mit der Inschrift „Für Kaiser und Reich", kurz, **man benahm sich dort so, daß ein Verbot der Versammlung auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wohl berechtigt gewesen wäre.** Ein Verbot der Organisation und ihrer Veranstaltungen ist aber **bisher leider unterblieben, und zwar aus einem mehr als eigentümlichen Grunde.** Der Bund konnte nämlich nachweisen, daß seinem Vorstand nicht bloß volksparteiliche Abgeordnete wie Herr Geisler, sondern auch Zentrumsführer, wie der Abgeordnete und deutsche Gesandte in Wien, Dr. Pfeifer, sowie der Demokrat (!) Kopsch als Mitglieder angehörten.

Der Berliner Polizeipräsident rechtfertigt nun das Nichtverbot der Versammlung mit der Tatsache, daß sogar Mitglieder republikanischer Parteien in dem Bunde organisiert sind, und daß er sich durch ein Verbot dem Vorwurf ausgesetzt hätte, eine von Mitgliedern aller bürgerlichen Parteien veranstaltete Versammlung unterdrückt zu haben. Das ist dem Sinn nach die Rechtfertigung des Polizeipräsidenten, wie sie vom Sozialdemokratischen Parlamentsdienst weitergegeben wird.

Nun zu dem kommunistischen Schwabenstreich, der nichts weiter als eine den Hakenkreuzlern sehr erwünschte Unterstützungsaktion erscheint. Nehmen wir an, die Versammlung im Zirkus Busch hätte diesmal noch ungestört stattfinden können, so wäre der **Ausstritt der genannten bürgerlich-demokratischen Politiker aus dem Bunde und sein polizeiliches Verbot die voraussichtliche Folge gewesen. Den Kommunisten aber gelang es, dem fragwürdigen Bund zu einem förmlichen Triumph zu verhelfen, indem sie den tölpelhaften Beschluß faßten, die von der Polizei erlaubte Versammlung gewaltsam zu verhindern.** Dieser Beschluß wurde noch dümmer ausgeführt als er selber war. **Tagelang kündigte die „Rote Fahne" ein gewaltsames Vorgehen ihrer Anhänger gegen jene Versammlung an,** und am Sonntagmorgen um 7 Uhr — die Versammlung war für 10 Uhr angesagt — rückten schon kommunistische Stoßtrupps, **von langen Sanitätskolonnen begleitet,** auf dem Kriegsschauplatze an. Da die Polizei die Versammlung nicht verboten hatte — nach unserer hier gestern dargelegten Meinung hätte die Versammlung unter Voraussicht der kommenden Ereignisse verboten werden müssen — blieb ihr naturgemäß gar nichts anderes übrig, als die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit gegen offen zur Schau getragene Angriffsabsichten zu schützen. So kam es von 7 Uhr früh bis gegen Mittag zu einer Kette von wüsten Prügeleien, bei denen Blut floß und sogar auch ein Toter liegen blieb.

Das verhältnismäßig kleinlaute Verhalten der „Roten Fahne" am Montag läßt darauf schließen, daß bei den Berliner Kommunisten ob ihrer neuesten Leistung ein nicht unbeträchtlicher Katzenjammer herrscht. Der Befehl zum Kampf ist durch eine kommunistische Funktionärversammlung vom letzten Freitag gegeben worden, **wo man sich zunächst über andere Fragen beinahe prügelte, worauf der im Saal verbliebene Rest im Handumdrehen den Beschluß faßte, am Sonntagmorgen den Zirkus Busch mit den militärischen Machtmitteln der Partei anzugreifen.** Wie gewöhnlich, hat auch diesmal die kommunistische Soldatenspielerei mit einem zerschmetternden Mißerfolg geendet. **Nach dem Verlust von Toten, Verwundeten und Gefangenen zieht man sich zurück und heult über die angebliche reaktionäre Einheitsfront von Helfferich bis Crispien, oder von Ludendorff bis Adolf Hoffmann. Es ist erschreckend, daß dieses idiotische Spiel noch immer Liebhaber findet.** In Berlin war es am Sonntag freilich so, daß **bei den kommunistischen Stoßtruppen so gut wie gar keine Arbeiter zu sehen waren, die Obdachlosenasyle hatten ihren Inhalt gegen Bezahlung hergeben müssen.**

Was die reaktionäre Presse von großangelegten Plänen unter russischer Leitung schreibt, ist natürlich barer Unsinn. **Hätte den Berliner Kommunisten auch nur ein Unteroffizier der russischen Roten Armee zur Verfügung gestanden, so wäre ein so ungeschickter Aufmarsch und ein so kläglicher Mißerfolg nicht möglich gewesen.** Die reaktionäre Presse hat aber natürlich das größte Interesse daran, die Berliner Vorfälle nach Kräften aufzubauschen. Das Ergebnis des Rathenau-Prozesses war für ihre Sache auch schwerste kompromittierend. Die Berliner Zirkus-Busch-Versamm-

Vormittag 10 Uhr: Dollar 2875
Tendenz still

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221017-19/fragment/page=0001

lung hätte den Hakenkreuzlern den ungestörtem Verlauf den schwersten Schaden bereitet. Da kommt dieser blödsinnige kommunistische Ueberfall für sie wie ein wahres Gottesgeschenk.

Schon haben die Deutschnationalen eine Interpellation im Reichstag eingebracht. Der „Bund für Ordnung und Freiheit" spielt sich als Märtyrer auf und sammelt für seine Opfer. Die reaktionäre Presse fordert die Absetzung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter, der die Versammlungsfreiheit und die persönliche Sicherheit nicht genügend schütze, während nach den Versicherungen der „Roten Fahne" derselbe Polizeipräsident Richter nichts anderes als ein Helfer der Orgesch ist. Kurzum, die Verrücktheit und die Hetze toben sich von beiden Seiten aus, als ob ganz Deutschland nur dazu da wäre, für die Kämpfe der Rechts- und Linksbolschewisten miteinander zum Schlachtfeld zu dienen. Inzwischen ist an der Berliner Börse der Dollar wieder trotz Devisenordnung auf annähernd 8000 gestiegen. Das ist, nebenbei bemerkt, auch ein erfreuliches Zeichen für Hakenkreuzler und Kommunisten, die eingestandener- und uneingestandenermaßen von der weiteren Verelendung der Massen die entscheidende Förderung ihrer dunklen Ziele erhoffen. Die Hakenkreuzler sind klüger, indem sie ihre Absichten verschweigen. Die Kommunisten aber lassen durch den Mund ihrer Führer täglich verkünden, daß gesteigerte Not auch gesteigertes Parteigeschäft bedeutet.

Der „Bund für Freiheit und Ordnung", der sich am Sonntag als konterrevolutionäre Organisation entpuppt hat, muß auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten werden.

Von den heute immer noch kommunistischen Arbeitern aber erwarten wir, daß sie sich von einer Partei loslösen, die es nicht verschmäht, die Aermsten der Armen und Elendesten der Elenden aus dem Asyl für Obdachlose unter Ausnützung ihrer Not für Bargeld und Stundenlohn zu kaufen, um sie zu planlosen und blutigen Raufereien zu mißbrauchen, die mit dem Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse nichts anderes zu tun haben, als daß sie ihn hemmen und die beteiligten Arbeiter von klassenbewußten Kämpfern zu Prügelknaben eines anarchistisch-bakuninistischen Idiotismus entwürdigen.

•

Treffende Urteile.

Bürgerliche Pressestimmen über den „Bund für Freiheit und Ordnung". — Was die „D. A. Z." verlangt.

Durch die Berliner Straßenkrawalle vom Sonntag ist die Oeffentlichkeit auf den merkwürdigen „Bund für Freiheit und Ordnung" etwas stärker aufmerksam gemacht worden. Nach den Zusammenstößen tauchte die Frage auf, ob es nicht besser gewesen wäre, die Versammlung dieses eigenartigen Bundes zu verbieten. Uns erscheint es, wie schon oben ausgedrückt, unbedingt erforderlich, mehr noch als nur die Versammlungen diesen Bund zu verbieten.

Dieser Bund ist, nach der „Vossischen Zeitung", eine völlig überflüssige Antistreikliga. Noch schärfer als das demokratische Blatt geht die volksparteiliche „Deutsche Allgemeine Zeitung" mit dem „Bund für Freiheit und Ordnung" ins Gericht. Das Blatt betont, es wäre zu untersuchen, was es mit diesem Bund eigentlich auf sich hat und welche Bestrebungen jetzt hinter der „einst harmlos und zwischenparteilich gegründeten Organisation" stehen. „Die in der Versammlung gehaltenen Reden und die ganze nationalistische, monarchistische und antisemitische Aufmachung scheinen uns zu bestätigen, daß der im jüngen Frühjahr gegründete Bund inzwischen in ein ganz anderes Fahrwasser geraten ist, und daß die Abgeordneten der Mittelparteien, die noch da sind, sich schleunigst zurückziehen sollten. Es erscheint uns als ein Hohn, daß während der Geltung des „Gesetzes zum Schutze der Republik" eine derartige antirepublikanische Veranstaltung von der Polizei gefördert und geschützt wird."

Hoffentlich erscheint es auch den maßgebenden Instanzen als ein Hohn!

•

Hausuchung bei der „Roten Fahne".

Festnahme und Verhör von etwa 30 Personen.

Berlin, 17. Oktober. Das WTB. meldet:

Im Verlauf der Ermittlungen über die blutigen Zusammenstöße am Zirkus Busch fand gestern abend eine Durchsuchung aller Räume der „Roten Fahne" statt. Es wurde Material beschlagnahmt, das noch am Abend geprüft wurde. Im Laufe des Abends wurden noch etwa 30 Personen festgenommen und verhört. Fast alle sind in Versammlungen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert worden und haben sie am Sonntag begangen. Alle bei den Kämpfen Verletzten sind außer Lebensgefahr.

Im Reichsrat.

Erhöhung der Kreditermächtigung des Reichsfinanzministers. — Verdoppelung der Rentensätze für Kriegsinvaliden. — Heraufsetzung der unpfändbaren Lohngrenze.

Berlin, 17. Oktober. Der Reichsrat verabschiedete in seiner Sitzung vom Montag die 7. Ergänzung zum Besoldungsgesetz und den 4. Nachtragsetat für 1922. Die Kreditermächtigung für den Reichsfinanzminister wurde um 120 Milliarden Mark erhöht. Diese Erhöhung ist zum überwiegenden Teil nötig wegen der Zahlungen aus dem Friedensvertrage. Auf Grund des Moratoriums vom 21. März 1922 waren 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen zu zahlen, das waren nach einem Umrechnungsverhältnis von 1 : 70 151,9 Papier-Milliarden. Heute muß ein Umrechnungsverhältnis von 1 : 700 den Berechnungen zugrunde gelegt werden, so daß wir also 1580 Papier-Milliarden zu zahlen haben. Der Reichsgetreidestelle wurde ein Kredit von 120 Milliarden zur Bezahlung des Umlagegetreides und zum Ankauf von ausländischem Getreide zur Verfügung gestellt. Die bisherigen Rentensätze für Kriegsinvaliden wurden verdoppelt. Der Reichsrat beschäftigte sich dann mit dem Gesetzentwurf über die Kosten der Stimmzettel bei der Wahl des Reichspräsidenten. Die Vorlage bestimmt im allgemeinen, daß der Zuschuß des Reiches im Einvernehmen mit dem Reichsrat und dem Reichstag bestimmt werden soll. Eine Partei, die weniger als eine Million Stimmen erhält, hat keinen Anspruch auf einen Zuschuß. Die Bestimmung, daß bei der Wahl am 8. Dezember für jede gültige Stimme ein Zuschuß von 2 Mark gezahlt werden soll, wurde gestrichen, wohl aber erklärte sich der Reichsrat damit einverstanden, für diese Wahl den Zuschuß in der Höhe von 2 Mark pro Stimme zu leisten. Alsdann wurde gegen die Stimmen Sachsens und der drei Hansastädte der Gesetzentwurf über die Verminderung der Lasten des Reiches aus der Gesetzgebung über die Entschädigung und das Ausgleichsverfahren aus Anlaß des Friedensvertrages von Versailles verabschiedet. Die Vorlage zerfällt in das Liquidationsschädengesetz, das Gesetz zur Abänderung des Reichsausgleichsgesetzes und in das sogenannte Reichsentlastungsgesetz. Angenommen wurde ferner der Gesetzentwurf, der den unpfändbaren Lohn auf 100 000 Mk. und die weitere bewegliche Grenze auf 300 000 Mk. erhöht. Auch der Gesetzentwurf fand Annahme, der das Tagegeld für Zeugen und Sachverständige an teuren Orten auf 240 Mk. an billigeren auf 180 Mk. erhöht. Das Uebernachtungsgeld soll drei Viertel dieser Sätze betragen.

Stichwahlen für die Sowjets.

Sieg der Parteilosen.

In den Gouvernements von Archangelsk, Ascherepowetz, Wologda, Wjatka und Perm wurden in den Stichwahlen für die Dorfsowjets 70 Prozent, in manchen nördlichen Kreisen sogar 90 Prozent Parteilose gewählt. In den Gouvernementsstädten wurden die Wahlen von Unruhen, die von den Mitgliedern der Kommunistischen Partei hervorgerufen wurden, welche die Beeinflussung der Wähler versuchten, begleitet. Gewalttätigkeiten, Drohungen, Bestechungen und Verhaftungen fanden in Wologda und Archangelsk statt, wo die Mehrzahl der Arbeiter für die Parteilosen gestimmt hat, und die Kommunisten trotz aller ihrer Maßnahmen nur 45 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können. Es wird dabei darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre 80 Prozent der Wähler sich an den Stichwahlen beteiligt haben.

Ein Vorschlag.

Berlin, 17. Oktober. Der Sozialistische Parlamentsdienst meldet: Die preußische Regierung hat zur Behebung der Ernährungsnot dem Reichsrat einen beachtenswerten Vorschlag unterbreitet. Danach soll die als notwendig anerkannte Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide an die Landwirtschaft in Form von Chilesalpeter ausgezahlt werden. In der Begründung wird nachgewiesen, daß die Inlandserzeugung an Stickstoffdünger nicht ausreicht, um die gesamte Getreideanbaufläche des Reichs mit diesem wirksamsten aller Düngemittel zu versehen. Das Reich soll deshalb den Stickstoffdünger vom Ausland beziehen, wo er in unbeschränkter Menge zur Verfügung steht. Man erwartet bei der Durchführung dieses Vorschlages schon im kommenden Erntejahr eine Erhöhung der Getreideernte um 3 bis 4 Millionen Tonnen. Das würde den Einkauf von Auslandsgetreide, für den in diesem Wirtschaftsjahr wahrscheinlich 240 Milliarden Mark erforderlich sind, erübrigen. Nach der Ansicht der preußischen Regierung ist das der einzige Weg, in nächster Zukunft eine Verbilligung des Brotgetreides zu erreichen. Jeder andere Vorschlag, der zum gleichen Ziele zu führen verspricht, wird von der preußischen Regierung mit größtem Nachdruck unterstützt werden.

•

Wir haben bereits zum Ausdruck gebracht, daß wir eine Erhöhung des Preises für das erste Umlage-Drittel auf alle Fälle ablehnen. Soweit sich also der Vorschlag der preußischen Regierung auf das erste Drittel beziehen sollte — was aus der Meldung nicht ersichtlich — ist unsere ablehnende Haltung gegeben. Sollte sich der Vorschlag aber lediglich auf das zweite und dritte Drittel der Umlage beziehen, so wäre der Vorschlag prüfenswert, wobei wir allerdings bemerken möchten, daß auch die verstärkte Versorgung der Landwirtschaft mit Stickstoff-Dünger nicht genügen wird, um Deutschland in der Brotgetreideversorgung vom Ausland unabhängig zu machen.

Schärfste Opposition.

Gegen die Frembherrschaft der Entente-Bourgeoisie.

Wien, 15. Oktober. Die österreichische Sozialdemokratische Partei hatte zum Sonnabend einen außerordentlichen Parteitag einberufen, der zu dem Beschluß des Völkerbundsrates über die Hilfsaktion für Oesterreich Stellung nehmen sollte. Das Hauptreferat über die politische und wirtschaftliche Lage Oesterreichs hielt Genosse Otto Bauer, der dem Parteitag zum Schluß seiner Ausführungen eine Resolution unterbreitete, in der die sozialdemokratische Parlamentsfraktion zu der schärfsten Opposition gegen den Genfer Vertrag verpflichtet wird. Ferner wird [illegible] aufgefordert, sofort eine großzügige Massenaktion zu organisieren, die sich gleichfalls gegen das Selbstbestimmungsrecht, das durch die Annahme der Hilfsaktion aufgegeben ist, richtet. Zum Schluß der Resolution heißt es: „Wir setzen uns zur Wehr gegen die Frembherrschaft der Entente-Bourgeoisie, wir wissen und im Kampfe eins mit der Arbeiterschaft der Ententeländer; der Parteitag beauftragt daher den Parteivorstand, unverzüglich mit den internationalen Organisationen sich in Verbindung zu setzen und sie auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen.

•

Roter Zarismus.

Die Rote Armee Sowjet-Rußlands als eine Kopie der zaristischen.

Die Reformen in der Roten Armee und Flotte sind nun nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für alle Bürger der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik abgeschlossen worden. Die Arbeiter- und Bauernregierung hat das Prinzip einer Arbeiter- und Bauern-„Klassenarmee" fallen lassen. Von nun an werden die Klasseninteressen des Proletariats von den Sowjetbourgeois und Hetmännern in einer Reihe mit Arbeitern und Bauern verteidigt werden. Dies ist der Sinn des Dekrets vom 28. September 1922.

Das neue Dekret des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees ist ein bloßer Abklatsch und eine beinahe genaue Kopie des früheren vorrevolutionären Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht, das im zaristischen Rußland bestanden hat.

Es sind beinahe dieselben Dienstzeiten in der aktiven Armee und in der Reserve für die verschiedenen Waffengattungen festgesetzt worden. Dieselben Privilegs wegen des Familienstandes und der Vermögenslage sind vorgesehen. Es gibt eine Ausnahmestellung in der Dienstzeit und der Nichteinreihung derjenigen Fremdstämmigen, die nach ihrem Kulturstande noch nicht vollwertige Soldaten abgeben können. Und endlich gibt es einen Artikel über eine besondere Einstellungsordnung derjenigen Personen, denen wegen ihrer aktiv geäußerten Feindseligkeit gegenüber den bestehenden Regierungsform die Verteidigung des Vaterlandes mit den Waffen in der Hand nicht anvertraut werden kann.

Die Sowjetregierung hat alle früheren Offiziere der vorrevolutionären Armee eingestellt, ohne sie zu fragen, ob sie der „Weißen- und Bauernregierung dienen wollen oder nicht. Die militärischen Fachmänner begannen nun die theoretischen Pläne der militärischen Dingen unerfahrenen Parteihäupter zu kritisieren und jene Prinzipien wieder einzuführen, auf denen früher die vorrevolutionäre russische Armee aufgebaut war.

Die Beschneidung der Rechte der politischen Kommissare, die Reorganisation der Kriegsschulden, die Einführung der strengsten Disziplin (sogar der unbedingten Sauterpflicht), das Recht des Offizierkorps, Disziplinarstrafen zu verhängen, und endlich die Ueberlassung an dasselbe der unkontrollierten und unumschränkten Rechte, der militärischen Erziehung, Ausbildung und Leitung der einzelnen Truppenteile, all dies bedeutet den vollständigen Verzicht auf die ursprüngliche Idee einer „Klassenarmee".

Die in Rußland regierende Kommunistische Partei entblößt damit vor der ganzen Welt ihren bisher maskierten Militarismus, indem sie auf die Idee einer „Klassenarmee" verzichtet. Falls die russischen Bolschewisten sich jetzt auf militärische Abenteuer einlassen werden, so wird die ganze Welt wissen, daß diese Kriegspolitik nicht vom russischen Proletariat, sondern von den Bajonetten der von berufsmäßigen militärischen Fachmännern geleiteten, regulären Armee durchgeführt wird.

Arbeiter und Kunst.

Von Hermann Lange.

Wer über das Verhältnis der Arbeiter zur Kunst sprechen soll, der muß ausgehen von den Voraussetzungen und der Befähigung zum Kunstgenuß überhaupt. Es ist in der Tat keine allen Menschen eigentümliche Fähigkeit, Kunstwerke zu erleben oder gar zu schaffen. Nur wer die Kraft, die das Werk hervorbrachte, auf sich wirken lassen und ihren Gewalten unter Hingabe seiner selbst erliegen kann, der ist des vollen Kunsterlebnisses fähig und gewiß. Die, welche da sagen, bei einem Stück komme es nur auf seine Moral oder auf andere bestimmte Dinge an, sind im Tiefsten unkünstlerische Menschen, die einen Teil für das Ganze nehmen, weil sie aus Mangel an innerer Entwicklung nicht anders können oder aus einer schiefen Grundeinstellung heraus nicht anders wollen. „Alle Kunst ist ganz zwecklos", sagte Oskar Wilde. Damit will er weder eine Umschreibung des Wortes von der „Kunst für die Kunst", noch aber eine Verzücktherklärung auf jede Wirkung geben. Der Sinn des Satzes ist vielmehr der: Alle Kunst ist ganz absichtslos. Freilich soll sie nicht wirkungslos bleiben. Die Wirkung ist zwar nicht der Zweck, wohl aber eine Eigenschaft des Kunstwerkes, die gerade bei der starken Gestaltung ausgeprägt ist. Allein, es ist ein Unterschied, ob ich bereit bin, mich dem Werk innerlich ganz, wenn auch nicht unkritisch, hinzugeben, oder aber, ob ich von vornherein bestimmte Bedingungen stelle.

Die Kraft, zur Kunst in ein Verhältnis zu kommen, das mit dem lebendigen Genießen endet, kann ebenso gut angeboren wie entwickelt sein. Sie kann aber auch, wenn sie da ist, durch die Mühen der Arbeit zermürbt oder durch eine aus falscher Entwicklung entstandene Verschiebung des seelischen Mittelpunktes aufgehoben werden. Nicht viele Arbeiterelternsind in der Lage, ihren Kindern volles Lebensgefühl anzugebären. Die Beseitigung jener Einflüsse, die die seelischen Kräfte des strebenden Arbeiters dernichten, ist in erster Linie eine Aufgabe der sozialen Revolution. Aber viele Arbeiter können das große Tor zum ungehemmten Erlebnis noch während des Kampfes um die Befreiung dadurch aufstoßen, daß sie sich von falschen Einstellungen frei machen.

Das stärkste Bedürfnis des Hand- und Kopfarbeiters ist das nach körperlicher und seelischer Erholung mit dem Endzweck, seine Produktivkräfte wieder aufzufrischen. Was Wunder, wenn er auch an die Kunst mit der Forderung herantritt, daß sie einem ihm naheliegenden Zweck zu dienen habe. Man könnte den nicht ohne weiteres erlebnisfähigen Teil der Werktätigen in drei Gruppen einteilen. Zur ersten Gruppe gehören die, welche im Kunstgenuß noch nichts anderes als seelische Erholung suchen. Sie sehen im Theater eine Art literarischer Walderholungsstätte, und die Aufgabe des Kunstwerkes ist für sie erfüllt, wenn ihr persönlicher Zweck erreicht ist. Die zweite Gruppe bilden die welche das Interessante statt des Erlebens suchen. Ihnen ist das Theater gleich der Sportecke oder dem Feuilleton der Zeitung, je nach ihrer Artung. Die dritte Gruppe setzt sich aus denen zusammen, die überhaupt nur das Amüsante suchen.

Mit den Angehörigen der drei erwähnten Gruppen hat auch die Volksbühne außer den ohne weiteres Erlebnisfähigen zu rechnen, zumal die Möglichkeiten der eigenen Fortentwicklung der Arbeiter mit der zunehmenden Verelendung fortwährend geringer werden und auch die literarische Durchbildung unserer Volksschüler noch immer damit endet, daß sie am Ende ihres Werdeganges fragen, wer denn nun der „berühmtere" Dichter sei, Goethe oder Schiller.

Die Volksbühne ist heute auch für die Arbeiter die Stätte, die sowohl nach ihrer geschäftlichen als auch nach ihrer geistigen Grundlage, am ehesten und stärksten Einfluß auf die Entwicklung des bildungsbedürftigen Menschen zu gewinnen vermag und deren Arbeit darum bei der Frage des Verhältnisses der Arbeiter zur Kunst besonder Beachtung verdient. Die Volksbühne hat zwar auf die unterschiedliche Aufnahmefähigkeit ihrer Mitglieder Rücksicht zu nehmen; keinesfalls aber darf sie den zahlreichen Wünschen mehr entgegenkommen, als die Erreichung des Zieles das fordert. Bezeichnenderweise begehrt gerade die Gruppe der Amüsierlustigen immer heftiger nach Erfüllung ihrer Forderungen („Trauerspiel hat man im Leben genug!"). Aber um deretwillen darf die Erziehungsarbeit an denen, die auf dem Wege sind, nicht leiden. Der Wille der Amüsierlustigen geht dahin, sich zu „zerstreuen". Zum Erlebnis kommt man aber nicht durch Zerstreuung, sondern allein durch die Konzentration. Die, welche Erholung suchen, bringen bereits eine Sammlung (wenn auch nur auf sich und ihre Zwecke), die Interessierten sogar schon eine gewisse Konzentration in der Richtung auf das Werk mit. Ihre Anteilnahme zur Hingabe werden zu lassen, ist der Volksbühne um so leichter, als das gemeinschaftliche Erleben und das gemeinsame, planmäßige Schreiten von Werk zu Werk in ihrem Wesen liegt.

Der Mangel der durchschnittlichen Arbeiterbildungsbestrebungen und auch der Sondervorstellungen für das Gewerkschaftskartell im Stadttheater war bisher das Vorherrschen des Bewußtseins der Teilnehmer, daß sie sich interessieren, daß sie sich bilden oder auch, daß sie sich vergnügen sollten; ganz abgesehen davon, daß die Auswahl der Stücke keine fortströmende Verlebendigung des Gefühls erreichen konnte. Im letzten Grunde haben die Besucher solcher Veranstaltungen noch stark hemmende Zweckvorstellungen. Es fehlt das Bewußtsein, nicht um einer Interessen-, sondern um einer Erlebnisgemeinschaft willen sich zusammenzufinden. Schon das Wissen, nur mit Berufskollegen im Theater zusammen zu sein, kann die notwendige innere Voraussetzungslosigkeit zerstören. Die Volksbühnenmitglieder dagegen haben keine andere Bindung untereinander als die durch ihr gleiches Verhältnis zur Kunst. Die ideale Volksbühne, besonders dann, wenn ihre Arbeit nicht nur der darstellenden, sondern auch der bildenden Kunst und der Musik gilt, wird alle anderen Bildungsbestrebungen, weil sie den ganzen inneren Menschen erfaßt, an Erfolg übertreffen müssen. Die Aufgabe der Volksbühne von heute wird es sein, dem möglichen Ziel am nächsten zu kommen.

Unwert der Armut.

Von Dr. Hellmuth Falkenfeld.

Daß Armut keine Schande ist, ist nur eine halbe Wahrheit; sie ist eine Schande — freilich nicht für den von ihr Betroffenen, sondern für die Gesellschaft, die den Armen umgibt und duldet. Den Unwert der Armut beweisen zu wollen, erscheint paradox, denn dem natürlichen Empfinden erscheint Armut als der schlimmste aller Zustände. Aber man muß doch den Unwert der Armut beweisen, weil es zu viel (interessierte oder gutgläubige) Menschen gibt, die in dem Armsein einen Segen oder gar einen positiven Wert sehen.

Diese Aestheten der politischen Oekonomie schlossen nämlich so: Die eigentlichen Werte des Menschen liegen jenseits der ökonomischen Besitzwerte; Reichtum hat schon manchmal die Besinnung auf die wahren, mehr als ökonomischen Werte vergessen lassen. Folglich ist Reichtum ein Uebel. Folglich ist Armut ein Segen.

Schon die verachtete formale Logik entlarvt die Heuchelei und die Falschheit dieser Sätze. Wenn auch Reichtum schon manchmal dazu geführt hat, die Besinnung auf die wahren Werte zu stören, so läßt dies den Schluß auf die Schlechtigkeit des Reichtums nicht zu, weil Reichtum ja nicht immer diese Folge gehabt hat.

Noch unhaltbarer aber ist der zweite Satz, daß Armut ein Segen sei. Denn selbst wenn Reichtum ein Uebel wäre, könnte aus diesem Satze noch nicht auf die Tatsache geschlossen werden, daß Armut ein Segen ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221017-19/fragment/page=0002

Wirtschaftspolitik.

Die Teuerung.

Von Paul Kampffmeyer.

Besonders lungenkräftig erweist sich heute im deutschen Volke eine politische Richtung, die alle unser Vaterland tief bewegenden Fragen verblüffend einfach löst: die deutschvölkische bzw. die deutschsoziale: Der Jude ist an der Auswucherung unserer breiten Massen schuld, er treibt ja die Preise für alle Nahrungs- und Bekleidungsmittel auf eine schwindelhafte Höhe, und er stellt dadurch die wirtschaftliche Existenz ganzer Gesellschaftsklassen überhaupt in Frage. Mit einem Wort: die heutige Verteurung des Unterhalts ist auf das Sündenkonto des Judentums zu setzen. Wir nannten das eine sehr einfache „Lösung" einer großen Lebensfrage des deutschen Volkes, wir müssen es besser und richtiger als eine einfältige „Lösung" bezeichnen.

Jedem, der denkend die katastrophenreiche Geschichte des letzten Jahrzehnts durchlebt hat, muß es zum Bewußtsein gekommen sein, daß die schwere Leidensfolge des Volkes, die sich in der gewaltigen, den nationalen Wohlstand verwüstenden Teuerung ausspricht, die Geschichte der großen wirtschaftlichen Umwälzungen ist, die sich an den mörderischen Weltkrieg knüpfen.

Der Weltkrieg hat ungeheure volkswirtschaftliche Werte zerstört. Milliarden von Mark sind in die Luft geschossen worden. Die Arbeit von Millionen von Frauen und Männern wurde auf den wohlstandzerstörenden Krieg eingestellt. Das deutsche Volk wirtschaftete sich körperlich erschreckend herunter. Die Kurve der Todesfälle an Tuberkulose stieg im Weltkrieg hoch hinauf. Diese Todesfälle wuchsen von 13,34 auf 10 000 Lebende im Jahre 1913 auf 22,83 im Jahre 1918 an. Der Mediziner Abderhalden stellte nach dem Weltkrieg bei der Errichtung eines preußischen Wohlfahrtsministeriums fest, daß die Arbeitskraft der Arbeiter in manchen Gegenden auf etwa 50 Prozent reduziert war. „Es war mir sehr peinlich," so erklärte er, „daß eine neutrale Aerztekommission, bestehend aus Schweden, Norwegern und Holländern, in Oberschlesien feststellen mußte, daß dort die Arbeiter der Kohlenwerke derart unterernährt waren, daß eine volle Arbeitsleistung ganz unmöglich war."

Die wertschaffende Arbeit des Volkes war also rapid im Weltkrieg herabgesunken, sie sprach sich in einer erschreckenden verminderten Menge der Waren aus. Die Waren wurden selten und daher teuer.

Die Produktionsmittel der deutschen Wirtschaft befanden sich zum Teil in einer trostlosen Verfassung. Bereits im Jahre 1916 traten durch einen wahren Raubbau „große Verkehrsstörungen" im preußischen Eisenbahnbetriebe ein. Am 23. Oktober 1917 gestand in einer Kommissionssitzung des Preußischen Landtages der preußische Eisenbahnminister ein: „Die Betriebslage der Eisenbahn sei während des Krieges eine außerordentlich schwierige gewesen und sei gegenwärtig besonders schwierig." In Preußen unterdrückte die Regierung geflissentlich jeden wahrheitsgetreuen Bericht über die Verwüstung des Eisenbahnapparates und der Kohlenversorgung. Am 23. Oktober 1917 lief von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in der Staatshaushaltskommission der Antrag ein, „die Berichterstattung an die Presse über unsere Kohlen- und Verkehrsverhältnisse freizugeben." Dieser Antrag wurde abgelehnt, und die Zensur verbot strengstens jede Veröffentlichung von konkreten Angaben.

Die deutsche Finanzkraft erschöpfte dann Herr Helfferich durch die Ueberbeschäftigung der Notenpresse in geradezu unverantwortlicher, frivoler Weise. Er lehnte es ab, „aus Gründen des Gleichgewichts des Etats zu neuen Steuern zu greifen", und er betonte sechs Wochen nach Uebernahme des Schatzamtes, daß die Finanzierung des Krieges, also die Kriegskosten so gut wie ausschließlich durch Noten- und Papiergeldausgabe aufgebracht werden sollten.

Der Weltkrieg hat also die deutsche Wirtschaft stark zerrüttet. Die gesunkene Kraft dieser Wirtschaft offenbarte einen Warenmangel auf fast allen lebenswichtigen Gebieten. Da kam der Versailler Vertrag: er nahm Deutschland das produktive Elsaß-Lothringen, er leitete das Eigentum der saarländischen Kohlengruben und Kohlenlager in die Hände Frankreichs, er schanzte den Polen im Osten landwirtschaftliche Gebiete zu, die große Teile des deutschen Volkes ernährt hatten. Deutschland verlor seine Kolonien, seine ausländischen Kapitalanlagen und mußte über sich die Konfiskation seiner leistungsfähigen Schiffe ergehen lassen. Zuletzt büßte Deutschland noch hochertragreiche Produktionsquellen in Oberschlesien ein.

Deutschland wurde überdies mit Reparationslasten überbürdet, die seine Volkswirtschaft weiter erdrücken mußten. Am 5. Oktober d. J. erklärte ein offizieller Wortführer der amerikanichen Regierung, daß die Vereinigten Staaten am Aufbau Europas erst mithelfen könnten, wenn ungefähr 60 Prozent der deutschen Reparationen preisgegeben würden. Auf dem Kongreß der Vereinigung amerikanischer Bankiers charakterisierte MacAdams die Herabsetzung der Reparationsschuld als das einzige Mittel, um eine weitere Demoralisation der deutschen Industrie zu verhindern.

Die Grundursache der heutigen Teuerung ist also die ungeheure Herabsetzung der Produktionskraft der deutschen Arbeit, der Verlust großer produktiver Reichtumsquellen und die Erdrückung Deutschlands durch tatsächlich nicht zu erschwingende Reparationskosten.

Der Teuerung kann nur durch eine Politik der Produktionssteigerung erfolgreich gesteuert werden. Zur Steigerung der Produktion legten sich z. B. die freiorganisierten Bergarbeiter Ueberschichten auf, und als „erstrebenswertes Ziel" einer weitsichtigen Produktionspolitik bezeichnete Heinrich Löffler im „Vorwärts", „die Produktion im eigenen Lande so zu steigern, daß jede Kohleneinfuhr überflüssig ist."

Dem Entschluß der Arbeiter, die Produktion im Interesse der Verbilligung der Lebenshaltung zu heben, stehen leider die selbstsüchtigen Bestrebungen der Kapitalmonopolisten entgegen, die die Früchte der Mehrarbeit des Proletariats nur in ihre Taschen fließen lassen wollen. Mit Recht sprach jüngst Dr.-Ing. Martin Wagner den Grundsatz aus: „Wenn der Bergarbeiter Ueberschichten verfährt, dann darf der Ertrag seiner Mehrarbeit nicht in die Tasche der Stinnes-Magnaten fließen, dann muß er der Verbesserung und Verbilligung der Produktion dienen. Und wenn das gesamte Volk Mehrarbeit leistet, dann nur im Interesse der Notleidenden, der Obdachlosen, der Hungernden, der dahinsiechenden Rentenempfänger, nicht aber für Schieber und Wucherer!"

Die deutsche Bergarbeiterschaft hat sich schon im Interesse der „armen Republik" zu Mehrleistungen entschlossen. Die freien sozialistischen Gewerkschaften nahmen am 24. August 1922 bereits mit dem Reichskanzler Rücksprache, um einen Zusammenbruch der Gesamtwirtschaft zu verhindern. Der Staat hat jetzt die Verpflichtung, einen starken Druck auf die Unternehmerschaft auszuüben, damit ein großzügiger Wirtschaftsplan zur Steigerung der Produktion in dem Sinne zustande kommt: „Mehrarbeit nur für das Gemeinwohl."

Selbst das Unternehmerblatt des Baugewerbes „Der Holzmarkt" begreift jetzt, daß sich eine weitsichtige Produktionspolitik über die „Leute" hinwegsetzen muß, die „um eigenen Vorteils willen das Wohl der Allgemeinheit mit Füßen treten." Sie schreibt wörtlich:

> „Nur von der Arbeiterschaft kann die gründliche Aenderung der Verhältnisse ausgehen, nur durch die Arbeiterschaft kann der Einfluß auf die Reichsregierung zum sofortigen starken Durchgreifen gegen Schiebertum und Preistreiberei erreicht werden, nur vor der Arbeiterschaft, die heute den größten Machtfaktor im Wirtschaftsleben darstellt, ist allenfalls noch Respekt oder Angst, wie man es nennen will, vorhanden. Dieser Bewegung schließt sich im Augenblick das gewaltige Heer der Angestellten und Beamten an, aber auch breite Schichten des ebenso bedrohten soliden Handels und der Industrie, also des Unternehmertums. Ein solcher Entschluß zur Mehrarbeit, zur gesteigerten Produktion und zum gesteigerten Export und der Besserung unserer Handelsbilanz und zugleich der Markbesserung gäbe der Arbeiterschaft das unbestreitbare Recht zu einer furchtbaren Drohung an die Regierung und das gesamte Unternehmer- und Händlertum: Sofortige Umkehr von diesen skandalösen Preistreibereien!"

Der Staat hat jetzt zu beweisen, ob er der großen neuen sozialen Aufgabe gewachsen ist und gemeinsam mit den organisierten Arbeitern eine Politik der Produktionshebung für das Gemeinwohl gegen ein hartnäckig widerstrebendes monopolistisches Unternehmertum zum Siege verhelfen will!

Das Fallen des Sowjetrubels.

Riga, 15. Oktober. Trotz aller von der Sowjetregierung getroffenen Maßnahmen gegen den alle Tage mehr steigenden Kurs der ausländischen Valuta sinkt der Sowjetrubel immer tiefer. Die spezielle „Notierungs-Kommission" war gezwungen, den Kurs des Goldrubels am 6. Oktober auf 4 500 000 Sowjetrubel zu erhöhen. Vor drei Wochen betrug der offizielle Kurs des Goldrubels 3 700 000 Sowjetrubel und vor drei Monaten 1 200 000. Auf diese Weise ist der Sowjetrubel innerhalb von 3 Monaten um 400 Proz. gesunken. Am 6. Oktober wurde in Moskau folgender offizielle Kurs für ausländische Devisen festgesetzt:

1 Pfund Sterling . . .	38 700 000	Sowjetrubel,
1 Dollar	8 730 000	„
1 Franken	670 000	„
1 Deutsche Mark . . .	4 000	

Das wertbeständige Papier.

Aus der Reichskabinettssitzung.

Berlin, 17. Oktober. Das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung eines wertbeständigen Geldpapiers. Es handelt sich um ein Zahlungsmittel, das im Inlande nach dem jeweiligen Werte des Dollars in Zahlung genommen werden soll. Die Beratungen des Reichskabinetts wurden am Montag noch nicht abgeschlossen. Außerdem genehmigte das Kabinett die Strafverfolgung eines Hauptmanns wegen Beleidigung des verstorbenen Ministers Rathenau.

Der sterbende Pfennig.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit einer Eingabe des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen, die den Fortfall der Pfennigzahlungen und Pfennigrechnungen angesichts der starken Geldentwertung empfiehlt. Es wurde beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, daß im staatlichen Geldverkehr Beträge bis zu 50 Pfennig nicht mehr in Anrechnung kommen, Beträge über 50 Pfennig auf volle Mark nach oben abgerundet werden. Es wird erwartet, daß die Privatwirtschaft diesem Vorgehen folgen wrd.

Aus der Partei.

In Mecklenburg-Schwerin stellen sich der Einigung noch Hemmungen entgegen. In einer gemeinsamen Versammlung der SPD. und USPD. in Schwerin trat Ledebour als Korreferent dem Referenten Gen. Künstler (Berlin) entgegen. „Tretet aus der Regierung aus" — schloß Ledebour — „und wir werden uns zusammenfinden." Zu einer Entscheidung kam es nicht. Der Vorsitzende Moltmann gab der Hoffnung Ausdruck, daß, obgleich die Genossen von der USPD. die Einigung noch nicht vollziehen zu können glauben, die bevorstehenden Kämpfe uns bald zusammenführen werden. Die zeitweise stürmisch verlaufene Versammlung ging unter dem Gesang der Arbeitermarseillaise auseinander.

Aus aller Welt.

Der Brief aus Amerika.

Eine Erinnerung vom „Kriegsbräutigam".

Eine freudige Ueberraschung mit einem bitteren Ende erlebte ein Mädchen aus der Zossener Straße in Berlin. Ein Deutsch-Amerikaner sandte an eine Verwandte Anna K. in Berlin einen Brief, der einen Scheck über 25 000 Mark enthielt. Er vergaß Straße und Hausnummer der Empfängerin anzugeben, und so geriet der Brief nach längerem Suchen der Postverwaltung in die Hände der Anna K. in der Zossener Straße. Diese mußte zwar aus seinem Inhalt ersehen, daß er nicht für sie bestimmt war, behielt ihn aber für sich, nicht der brieflichen Mitteilung wegen, sondern wegen der 25 000 Mk., auf die der Scheck lautete. Das Mädchen machte das Papier zu Geld und gab 20 000 Mark seinem Bruder und 5000 Mk. einer Nichte in Verwahrung. Der Absender in Amerika aber wunderte sich, daß er von seiner Verwandten kein Dankeswort oder auch nur eine einfache Empfangsbestätigung erhielt. Er schrieb ihr, wie das komme, gab jetzt auf der Aufschrift auch Straße und Hausnummer an, und so erreichte der zweite Brief die richtige Empfängerin. Jetzt kam der Irrweg des ersten ans Licht, und seine Empfängerin wurde zur Rede gestellt. Sie berief sich auf einen angeblichen Liebhaber des Namens, den der Absender führt, auf einen sogenannten Kriegsbräutigam, den sie zwar nie gesehen, mit dem sie aber im Briefwechsel gestanden habe, als er während des Krieges in Amerika lebte. Sie habe nun geglaubt, daß dieser auch nachträglich noch an sie gedacht und die Absicht gehabt habe, ihr eine Ueberraschung und eine Freude zu bereiten. Mit dieser Ausrede hatte sie jedoch nach dem Ergebnis der Ermittlungen kein Glück und sie mußte das Geld wieder herausgeben.

Raubüberfall am Schlachtensee. Von einem maskierten Wegelagerer wurde neulich abends der Kaufmann Hugo B. aus Potsdam und dessen Braut ausgeplündert. Das Paar hatte einen Ausflug nach dem Grunewald gemacht. Als es auf dem Heimweg am Schlachtensee einen Waldweg ging, trat plötzlich aus einem Gebüsch ein elegant gekleideter Mann mit einer Pistole in der Hand hervor, rief „Hände hoch!" und nahm zunächst dem jungen Manne die Brieftasche mit 10 000 Mk. ab. Dann wandte er sich auch dem Mädchen zu und raubte ihm die goldene Uhr und einen Ring. Die Angefallenen waren so erschreckt, daß sie nicht um Hilfe rufen konnten. Der Räuber entkam daher ungehindert und konnte auch später von dem alarmierten Ueberfallkommando nicht mehr gestellt werden.

Verantwortliche Redakteure: für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Halle und Saalkreis sowie für Gewerkschaftliches: Gottlieb Kalparek; für den provinziellen Teil: Karl Garbe; für das Feuilleton Hermann Lange; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzog. Druck u. Verlag: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle (Saale). Harz 42/44

Der richtige Gedanke, aus der falsch geschlossenen und falsch aufgestellten Schlußreihe herausgeschält, lautet: Aller Reichtum ist nur ein Besitzwert und ist an sich in bezug auf die Entfaltung der wahren Werte, der sittlichen und der Bildungswerte, indifferent. Wenn nun aber auch das Dasein von Besitzwerten in bezug auf die Entfaltung der Persönlichkeit indifferent ist, so ist darum noch nicht das Fehlen dieser Besitzwerte dem Ziele der Vollendung der Persönlichkeit gegenüber gleichgültig. Ihr Fehlen bedeutet nämlich nicht bloß ein Negatives: Unbedrücktsein von der Last des Besitzes, wie es die Märchenfreude des „Hans im Glück" ausmacht, sondern bedeutet etwas schmerzlich Positives: drückende Belastung. Armut bedeutet gerade für den nach Vollkommenheit von Ethos und Bildung strebenden Menschen den Raub an seiner Lebenszeit, die er hier mit der völlig gottlosen, durch nichts zu rechtfertigenden Sorge ausfüllt, wie und wovon er im nächsten Augenblick existieren soll.

Die Armut ist ein Diebstahl an unserer Lebenszeit; mit Recht hat Richard Dehmel das soziale Problem in seinem Gedicht „Der Arbeitsmann" in den Worten „Zur Zeit" zusammengefaßt. Nicht die Arbeit, auch nicht die um bloß ökonomischer Ziele willen geleistete, erzeugt die Sorge. Die Armut bricht wie eine unendliche Sorge überall in unsere Zeit, auch in unsere Arbeitszeit, hinein, uns überall mit der Sinnlosigkeit ihrer an die Erde fesselnden Sorge verfolgend. Die Armut macht ihre Rechte überall geltend, während die getane Arbeit uns zu uns selber und zur (einzig positiv wertvollen) Aufgabe der Vollendung unserer selbst entläßt.

Die Armut ist ein Unwert, und es ist die frechste Heuchelei derer, die niemals die Sorgen der Armut kennenlernten, Armut für ein Glück (für die anderen) auszugeben. Freilich läßt sich als Besitzender leicht arm, nüchtern, besitzlos leben; denn gerade hier fehlt ja der eigentümliche Charakter der Armut: die die wahre Lebenszeit raubende Sorge. Armut läßt sich erst mit gutem Gewissen propagieren, wenn alle — nicht reich, aber in ihren Lebensbedingungen gesichert sind. Der Zyniker wurde auch nicht arm in unserem Sinne, — er schränkte nur die Lebensbedingungen auf ein Minimum ein. Freiwillige Armut ist keine Armut, denn wer freiwillig arm ist, wird es, weil er seine Bedürfnisse zu verkleinern imstande ist, eine gewiß philosophische Tat, da sie uns auch dem bedürftigen Leben entzieht und die Möglichkeit näherrückt, den Zielen, dem Sinn des Lebens näher zu sein. Aber unfreiwillige Armut wirft uns, da sie von außen kommt, gerade tiefer in das Netz der Bedürftigkeit hinein, läßt uns vor der Sorge um das, was wir zum Leben brauchen, nicht zum Sinn des Lebens selbst kommen. Kein Diogenes und kein Antisthenes hätte an unserer Art von Armut Gefallen gefunden. Sie wollten das Freisein von Bedürfnissen, nicht die Sorge um die Stillung der Bedürfnisse. Die Armut, deren Begleiterin die Sorge ist, reißt die jammervolle Unendlichkeit der geistlos fordernden Materie auf. Der Mensch ist für eine bessere Unendlichkeit geboren.

Vorwärts und Aufwärts.

Für die Sozialdemokratie ist die Richtschnur gegeben; sie wird sich nicht, komme, was wolle, von ihrem bisherigen Boden abdrängen oder verleiten lassen, bedenklich scheinende Wege zu betreten; sie hat keinen Grund, ihren Feinden gegenüber sich zu Unbesonnenheiten und gewünschten Gewaltstreichen verleiten zu lassen. Stark in dem Bewußtsein, daß die ganze geschichtliche Entwicklung ihr in die Hände arbeitet, und sie durch die Macht der Gründe und die Gerechtigkeit und Selbstverständlichkeit ihrer Forderungen der Kristallisationskern für alle wird, die an einer neuen gesellschaftlichen Ordnung auf sozialistischer Grundlage interessiert sind, und das ist schließlich die große Mehrheit, kann sie festen Fußes und heiteren Auges das Kommende erwarten. **August Bebel.**

Hallisches Kunstleben.

Drittes Sinfoniekonzert im „Thaliasaal". Max Reger ist erst (oder soll man sagen: schon?) sechs Jahre tot, und noch ist seine Musik nicht eigentlich ins Volk gedrungen. Das erklärt sich aus seiner Eigenart, aus seiner Zwitterstellung innerhalb der modernen Entwicklung. Reger ist einer der ernstesten Komponisten, der keine Konzessionen an das Unterhaltungsbedürfnis der Menge macht, und der deshalb eine Hingabe fordert, wie sie nicht jedermann, und auch der Tieferfühlende, nicht zu allen Stunden aufbringt. Wurzelt doch seine Musik in der Kunst Sebastian Bachs und erscheint doch andererseits ihr Wesen durch die Verwandtschaft mit Brahms bestimmt, dem Reger in Formen, Stimmungen, Ausdrucksweise, ohne unselbständig zu werden, sich oft genug anschließt. Vollste Meisterschaft zeigen die vier Tondichtungen für großes Orchester nach A. Böcklin (op. 128). Ein Stimmungsbild von eigentümlicher, unbeschreiblicher Wirkung ist der „Geigende Eremit", vom verstärkten Stadttheater-Orchester unter Leitung von Hans Stieber klangschön zu Gehör gebracht. Die Dichtung atmet Reinheit des Gemüts, fromme Musikseligkeit. Das „Spiel der Wellen" und das „Bacchanal" waren orchestrale Impressionen von bei Reger seltener Farbenfreudigkeit. Eine besondere Stellung nimmt die „Toteninsel" ein. Sie hat gar nichts Bildhaftes. Es ist charakteristisch für Reger, daß er hier nicht Landschafts- oder Stimmungsmalerei gibt, sondern einen psychologischen Vorgang schildert, bei dem Schmerz, Trauer und Todesgrauen von dem Gedanken an die Erlösung und den Frieden abgelöst werden. Sodann war es Beethovens zweite Sinfonie in D-Dur, die Stiebers Eigenart, sein exaktes, rhythmisches Empfinden, gepaart mit einem aus echtem Musikerherzen kommenden Nachschaffen des Werkes, in das hellste Licht rückte. Wohltuend auch das wirkliche Allegretto-Tempo des zweiten Satzes der Sinfonie, den man leider so überaus oft in sentimentaler Verschleppung hört. Besonders der hemmungslose Jubel des Schlußsatzes kam im Allegro molto in der Stieberschen Interpretation wundervoll zur Geltung. Hier erreichte die Leistung des Orchesters ihren Höhepunkt in rhythmischer Präzision und innerer Anteilnahme. Der eigentliche Gewinn des Abends war das Konzert für Violine und Violincello mit Orchester von Brahms. Walter Davisson (Violine) und Professor Julius Klengel (Violincello) haben ihrem von virtuosester Sicherheit beherrschten Spiel — beide spielten ohne Noten — im Laufe der Jahre mehr und mehr seelische Vertiefung beizufügen gewußt, daß man sie beide wohl heute den Besten ihres Faches gleichstellt. Möge Stiebers künftige Tätigkeit weitere Erwartungen voll erfüllen.
Dr. H. G.

Stadttheater. Heute 7½ Uhr wird die Operette „Polenblut" zum ersten Male wiederholt. Die Neueinstudierung von Richard Wagners „Der fliegende Holländer" geht am Mittwoch 7½ Uhr unter Spielleitung von August Roesler und unter musikalischer Leitung von Oskar Braun in Szene. Beschäftigt sind Poldy Ruska, Henriette Boehmer, Kornelius Bard, Hans Waldburg, Heinrich Teßmer, Fritz Kerzmann. Donnerstag G. Hauptmanns „Die versunkene Glocke" in neuer Einstudierung. Freitag: „Polenblut". Sonnabend: „Eugen Onégin". Sonntag abend 7½ Uhr: „Lohengrin".

Freie Volksbühne. Spieltage: Mittwoch, den 18. Oktober, abends 7½ Uhr: „Der fliegende Holländer" (G). — „Die versunkene Glocke". A: Donnerstag, den 19. Oktober; B: Montag, den 23. Oktober; N: Mittwoch, den 25 Oktober; C: Donnerstag, den 26. Oktober.

Die Hallische Kunstschau in der alten Garnisonkirche, Domplatz 5, hat einen erfreulich starken Besuch zu verzeichnen. Sie ist täglich von 11 bis 4 Uhr geöffnet.

Paul Horn, der in der Hallischen Kunstschau außer seiner „Pietà" das formenreiche Modell einer Lampe ausgestellt hat, erhielt darauf sechs Bestellungen. Bereits am Eröffnungstage konnte der Künstler vier Aufträge verzeichnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221017-19/fragment/page=0003

Versammlungsanzeiger
VSPD
Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44. Zimmer 28 — Fernruf 1029

Merseburg. Donnerstag, den 19 Oktob. abends 8 Uhr, im „Tivoli“ Zimmer 1: **Gemeinschaftliche Mitgliederversammlung** der früheren USPD. und SPD. Tagesordnung 1. Wahl des Gesamtvorstandes. 2. Bericht vom Parteitag in Gera. Referent: Genosse Wenischeck. — Bericht von Augsburg und Nürnberg Referent: Genosse Krüger. Zu dieser wichtigen Versammlung bittet um zahlreiches Erscheinen
Der Parteiälteste. J. A. Wilhelm Kath

Naumburg. Donnerstag, den 19. Oktob., abends 8 Uhr, im „Stiefel“: **Gemeinsame Versammlung** beider Parteien. Tagesordnung: Eingänge, Abrechnung, Parteitagsberichte (Genosse Drescher), Vorstandswahl, Presse. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
Die Vorstände beider Parteien.

Weißenfels. Die erste **gemeinsame Versammlung der VSPD.** findet am Mittwoch, dem 18. Oktober, abds. 8 Uhr, im „Volkshaus“ statt. Wir bitten unsere Mitglieder um zahlreiches Erscheinen.

Vereinsanzeiger

Die Naturfreunde. Heute, Dienstag: Gruppenabende. Süden in der Torstraßen-Schule. Mitte im Heim Laurentiusstraße. Norden in der Wittekindschule. — Donnerstag abend pünktlich 7 Uhr, im „Volkspark“ (Kartellzimmer): Vortragsabend Richard Wagner und seine Werke. — Sonntag: Fahrt nach der Dübener Heide. Näheres Freitag abend im Stadtheim.

Naumburg. Mieterverein. Morgen, Mittwoch, abends ½8 Uhr, im „Schützenhaus“: **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Bericht vom Provinzial-Verbandstag. 3. Wie verrechnet sich die gesetzliche Miete?

Morgen, Mittwoch, d. 18., u. Freitag, d. 20. Okt., abends 7 Uhr, im herrlichen Saal des
Zoologischen Garten:
Grosser Extra-Ball
Musik wird ausgeführt vom gesamten Seifert-Orchester unter persönlicher Leitung des hier sehr beliebten Kapellmeisters R. Seifert dem Bayern.
Süddeutsche Gemütlichkeit.
Tanzfolge: Strauß, Fetras, Linke und die neuesten Kompositionen! 425

Gebhardt-Eiweiß-Kakao
der von der Wissenschaft anerkannte Kräftigungstrank für in der Ernährung zurückgebliebene, durch erschöpfende Krankheiten geschwächte Erwachsene und für im Wachstum gehemmte Kinder.
Ueberall erhältlich! Alleinige Hersteller:
Georg Gebhardt & Co., Halle a. S.
Versandstelle: Gr. Steinstr. 36.

Kaufe und zahle
für
Bücher u. Zeitungen p. Kilo 36—
Altpapier . . . . . p. Kilo 18—
Lumpen m. Wolle (unsort.) p. Kilo 25—
Strickwolle . . . . . p. Kilo 130—
Weißweinflaschen . p. Stck. 20—
Kaninfelle . . . p. Stck. bis 150—
Ziegenfelle . . p. Stck. bis 1100—
Messing . . . . p. Kilo 200—
Zink und Blei . . . p. Kilo 130—
Kupfer . . . . p. Kilo 400—
Alt-Eisen . . . 12— 16— und 28—
Nur
82/83 Freiimfelderstr. 82/83
20 Lauchstaedter Str. 20
Rohprodukten
Albin Schondorf
Telephon 9063 und 3954. 416
Bei Metallen genügender Personalausweis.

Stadttheater.
Mittwoch, den 18 Oktob., Anf. 7½, Ende nach 10 Uhr:
Der fliegende Holländer
von Richard Wagner.
Donnerstag: 420
Die versunkene Glocke

Geldscheintaschen
Ia Leder, billigst
nur
Schmeerstr. 19
Lederwaren-Spezial-Geschäft

Patentmatratzen
Auflegematratzen
Holzbettstellen
Metallbettstellen
Kinderbettstellen
Kinderwagen
in allen Preislagen, größte Auswahl.
Erstes Spezialgesch. a. Platz
BRUNO PARIS,
Kleine Ulrichstraße 2
Eingang Kanzleigasse

Pelz!
Um- u. Neuanfertigung. Gerben und Färben aller Felle. **Solfrian,** Böllberger Weg 7. 417

Arbeitsschuhe,
neu, Paar 2000 Mark, verkauft 422
Schuhbörse,
Gr. Brauhausstraße 10.

UT — Leipziger Strasse 83
Sünden von gestern
5 Akte nach dem Roman des Sven Elvestade mit **Erich Kaiser-Tietz, Alfr. Gerasch, Gina Relly.**
412
Der 4. Teil des Sensations-Abenteurerfilms
Unter der roten Maske
Das geheimnisvolle Haus. 6 Akte.
Abendvorstellung pünktlich 8 Uhr.

W-T — Walhalla-Lichtspiel-Theater
Der Passagier von Nr. 7
Detektivfilm in 5 Akten mit **Max Landa, Hanni Weisse.**
Leo Peukert in d. Lustspiel in 3 Akten
Der Herr Landrat
Charlie Chaplin in der Groteske
Chaplin auf dem Maskenball.

U.T — Alte Promenade 11a
Sodoms Ende
5 Akte nach dem gleichnamigen Drama von Herm. Sudermann.
In den Hauptrollen: **Hans Junkermann, Erna Morena, Grete Freund, Alfred Gerasch u. a.**
Charlie Chaplin in der Groteske in 2 Akten
Chaplin bei Anna Boleyn.

Beginn in sämtlichen Theatern 4 Uhr.

Zentralverband d. Maschinisten u. Heizer
Geschäftsstelle Gross-Bitterfeld und Umgebung 409

Donnerstag, den 19. Okt., nachm. 5 Uhr im „Bürgergarten“, Bitterfeld

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Quartalsbericht
2. Kassenbericht
3. Verschiedenes.

Erscheinen zu dieser Versammlung ist unbedingte Pflicht.

Der Vorstand.

Zu **höchsten**, nach dem jeweiligen Dollarkurse errechneten Preisen verk. Sie
GOLD-
Silber-, Platin-Bruch nur bei
A. Föllner, L.-Bucherer-Str. 47.
Fernsprecher 3037 — Taxieren kostenlos

Druckaufträge
jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei
e. G. m. b. H. • Fernruf 8005 • Harz 42/44

Wie neu werden ihre Pelze
in der Kürschnerei **Fr. Halle,** Gr. Steinstr. 13, Eingang Mittelstr.
Neu :: Umarbeiten :: Reparaturen :: Fachmännisch :: Billig

Wichtige
empfehlenswerte
Bücher
Das
Betriebsräte-Gesetz
ausführlich erläutert von **Dr. Georg Flatow** liefern wir immer noch, solange der Vorrat reicht, zum **ermäßigten Preis von 80 Mk.** (neuer Preis 125 Mark).
Aus der
Betriebsräte-Praxis
von Clemens Nörpel
sind ausgezeichnete Ergänzungen zu obenstehendem Kommentar.
2 Bde. 1. Teil 25 Mk., 2. Teil 70 Mk.
Buchhandlung der VSPD.
Halle (Saale) ∴ Gr. Ulrichstraße 27.

Edelmetalle
in Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brennstifte, Gebisse
Ueberbiete jeden inserierten Preis!
Sparmann, Uhrmacher
Große Steinstraße 47. 421

Lassen Sie sich nicht
durch Zahlen täuschen!
Ich überbiete jede Konkurrenz und zahle **höchste Preise** für alle Sorten
Lumpen, Knochen, Papierabfälle, Zeitungen, Eisen, Felle und andere Rohprodukte. 72
E. Günther
Graseweg 8 — Telephon 6130

Gold- Silber- Platin- Bruch
und Gegenstände
kauft zu allerhöchsten Tagespreisen
Hauffe, Brüderstrasse 9a
Kein Laden, eine Treppe

Pferdemöhren, Futterrüben
zu verkaufen. 414
Paul Otto, Königstraße 70.

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren

Gelegenheitskauf!
Damen- u. Herren-Fahrrad, neu, Freilauf, Ia Bereifung, Preis 20 500 Mk.
H. Bieder, Gr. Steinstr. 35.

Keine Prahlerei!
Zu wirklich hohen Preisen
kaufe
sämtliche Edelmetalle und deren Abfälle
Gold- **Silber-** Bruch, Barren, Uhren, Bestecke, Ketten usw.
Platin- Zahngebisse, Brennstifte, Bleche usw.
Doublee-Abfälle
Bitte überzeugen!
Metallkontor
A. Abramowitz, 73
Schmeerstraße 14. I.

Wer's nimmt
Henko
die Wäsche ein!
Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda für Wäsche und Hausputz.
HENKEL & CIE. DÜSSELDORF.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhofe.

Bezahlt wurden am Montag, dem 16. Oktober 1922.

Gattung	a) Für 50 kg Fleischgewicht: 1. höchster Preis ℳ	2. niedrigster Preis ℳ	3. häufigster Preis ℳ	b) Für 50 kg aus dem Auslande eingeführtes: Gefrierfleisch ℳ	frisches Fleisch ℳ
Ochsen	24000	20000	23000	18000	—
Bullen	23500	19500	22500	—	—
Kühe	24000	15000	22000	—	—
Jungrinder	15000	15000	15000	—	—
Mastkälber (einschl. Lunge und Leber)	—	—		—	—
Saugkälber (einschl. Lunge und Leber)	20000	16000	19000	—	—
Lämmer und Masthammel (einschl. Lunge und Leber)	30000	22000	22000	—	—
Schafe (einschl. Lunge und Leber)	21000	17000	19000	—	—
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	42000	40000	41500	—	—
Jugoslaw. Schweine	—	—	—	—	—

Der Preis für 1 cbm Wasser ist für den Oktoberverbrauch von 5,50 Mk. auf 10 Mk. erhöht worden. Die Bekanntmachung vom 18. September 1922 wird hiermit aufgehoben.

Halle, den 16. Oktober 1922.

426 — Der Magistrat.

Ammendorf

Auf Grund des § 11 des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 (RGBl. S. 273) in Verbindung mit der Ausführungsverordnung des preuß. Volkswohlfahrtsministers vom 12. Juni 1922 (GS. S. 129) hat die Gemeindevertretung in der Sitzung am 18. August 1922 folgendes beschlossen:

1. Zu der Grundmiete gemäß § 2 des Reichsmietengesetzes in Verbindung mit der preuß. Ausführungsverordnung zu 2 treten folgende Zuschläge:

   a) der Zuschlag für die Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung des damaligen Grundstückswertes und die Steigerung der Kosten für die Erneuerung dieser Belastung gemäß § 8 Abs. 1 Ziffer 1 des Reichsmietengesetzes beträgt 5 Prozent;

   b) der Betriebskostenzuschlag gemäß § 8 Absatz 1 Ziffer 2 des Reichsmietengesetzes beträgt 80 Prozent. Durch diesen Zuschlag sind abgegolten, die Feuerversicherung, die Haftpflichtversicherung und ein Verwaltungskostenzuschlag von 15 Prozent.

   Die Grund- und Gebäudesteuern, das Wassergeld, das Schornsteinfegergeld, die Kanalbenutzungsgebühren und die Kosten für die Ascheabfuhr sind nach dem Verhältnis der Grundmiete umzulegen. Für die Treppen- und Flurbeleuchtung erfolgt die Umlegung nach Anliegern. (Mietpartenanteil.) Die Vergütungen für Nebenleistungen des Vermieters, die zwar die Raumbenutzung betreffen, aber nur einzelnen Mietern zugute kommen, z. B. Spiegelglasversicherung, sind besonders zu berechnen.

   Die Erhebung der Wohnungsbauabgabe erfolgt nach der preußischen Verordnung betr. die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in Preußen vom 22. November 1921 (GS. S. 549);

   c) ein Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten gemäß § 8 Abs. 1 Ziffer 3 des Reichsmietengesetzes beträgt 40 Proz.

   Das Tapezieren bzw. Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und der Fenster und das Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstigen Mieträumen ist von diesem Hundertsatz ausgenommen. Der Mieter hat die Kosten dieser in seinen Mieträumen tatsächlich gemachten Reparaturen gegen Vorzeigen der Belege zu tragen. Der Mieter ist vor der Vornahme solcher Reparaturen zur Bestimmung der Handwerker berechtigt, die die Arbeiten ausführen sollen. Er kann die erforderlichen Arbeiten dieser Art selbst ausführen, sofern er die erforderlichen Eigenschaften hierfür besitzt. Bei Streit über die Notwendigkeit einer derartigen Instandsetzungsarbeit entscheidet die Wohnungskommission.

2. Zur Deckung der Kosten für große Instandsetzungsarbeiten gemäß § 5 des Reichsmietengesetzes in Verbindung mit der preußischen Ausführungsverordnung zu § 5 setzt das Mieteinigungsamt auf Antrag eines Vertragsteiles einen Zuschlag fest. Große Instandsetzungsarbeiten sind im einzelnen die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Abfallrohre, das Umdecken des Daches, der Abputz oder Anstrich der ganzen Vorderfront oder der ganzen Fläche eines Seitenflügels oder der ganzen Fläche der Hinterfront eines Hauses oder auch mehrere Fronten, der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Innern.

   Die große Instandsetzungsarbeit muß seit Oktober 1920 ausgeführt und notwendig gewesen sein, oder in den nächsten 12 Monaten vom Tage der Antragstellung beim Mieteinigungsamt an gerechnet, erforderlich werden.

   Die Festsetzung des Höchstsatzes gemäß der Ausführungsverordnung zu § 7 II Abs. 5 bleibt vorbehalten.

3. Für Räume, die zu gewerblichen Zwecken (§ 1 der Reichsgewerbeordnung) hergestellt sind, oder mit Zustimmung der Wohnungskommission für gewerbliche Zwecke verwendet werden, wird ein weiterer Zuschlag zur Grundmiete festgesetzt.

   Er beträgt:

   für Klasse IV des Gewerbesteuergesetzes 15%
   „ „ III „ „ 30%
   „ „ II „ „ 50%
   „ „ I „ „ 75%

   Die Genehmigungspflicht bei Untervermietung von Leerräumen ohne schriftliche Zuweisung des Untermieters durch die Wohnungskommission und bei Vermietung von möblierten Wohnungen oder Schlafstellen gemäß Bekanntmachung vom 29. September 1911 bleibt bestehen.

Ammendorf, den 22. August 1922.

Der Gemeindevorsteher.
Rothe.

Veröffentlicht.

Ammendorf, den 12. Oktober 1922.

Der Gemeindevorsteher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221017-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 17. Oktober 1922.

Hilfe den Kleinrentnern!

Amtlich wird uns geschrieben: Um die schwierige Lage, in welche die Sozial- und Kleinrentner infolge der ständig sinkenden Kaufkraft des deutschen Geldes geraten sind, nach Möglichkeit zu mildern, haben Reich, Länder und Gemeinden schon seit vielen Monaten umfassende Maßnahmen ergriffen, die im Laufe der Zeit immer weiter ausgebaut sind und noch werden.

Den Sozialrentnern, d. h. den Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung, wird durch das sogenannte Notstandsmaßnahmengesetz vom 7. Dezember 1921 ein bestimmtes Mindestjahreseinkommen gesichert, dessen Höhe innerhalb gewisser reichsrechtlich bestimmter Grenzen die Gemeinden bestimmen. Soweit das von der Gemeinde festgesetzte Gesamtjahreseinkommen durch die Invalidenrente und die sonstigen Einkünfte des Rentenempfängers nicht erreicht wird, sind von den Gemeinden Unterstützungen bis zu diesem Betrage zu gewähren. Die Grenzen, bis zu denen die Gemeinden bei der Gewährung ihrer Unterstützung gehen können, sind entsprechend dem Kursrückgang der Mark wiederholt erweitert worden. Eine neue Erhöhung der Unterstützungen wird Reichsrat und Reichstag in der allernächsten Zeit vorgelegt werden. Neben den Mitteln für eine laufende Unterstützung für Sozialrentner hat das Reich den Ländern neuerdings den Betrag von 1 Milliarde Mark zur Verfügung gestellt, die zur Beschaffung von Wintervorräten für die Sozialrentner, insbesondere von Nahrungsmitteln und Heizstoffen, verwendet werden soll. Die auf die einzelnen Länder entfallenden Beträge sind diesen bereits zugewiesen.

Für die Kleinrentner sind für das Rechnungsjahr 1922, also für die Zeit vom 1. April 1922 bis zum 30. März 1923, 500 Millionen Mark an Reichsmitteln bereitgestellt worden. Diese Reichsmittel werden auf 1 Milliarde Mark erhöht; ein größerer Teilbetrag ist ebenfalls den Ländern schon zur Verfügung gestellt. Die Verwendung der bereitgestellten Mittel ist freier gestaltet als bei den Sozialrentner. Die Länder und Gemeinden können sie verwenden zu Einzelunterstützungen der verschiedensten Art, sowie zur Unterstützung von Heimen und Anstalten, die den Kleinrentnern dienen. Auch die freie Wohlfahrtspflege, die sich der Kleinrentner annimmt, kann aus den Mitteln unterstützt werden.

Wenn sonach Reich, Länder und Gemeinden nach Maßgabe ihrer schwachen Kräfte für die Bedürftigen zu sorgen sich bemüht haben, so ist die Hilfe der Behörden angesichts der ungeheuren Not weitester Kreise der Bevölkerung doch nicht ausreichend. Eine allgemeine Sammlung, die in Halle gegenwärtig stattfindet, soll dem Gedanken Ausdruck geben, daß es eine Aufgabe der gesamten deutschen Volksgemeinschaft ist, ihren in Not befindlichen Brüdern in dieser schweren Zeit zu helfen.

Genosse Kürbs auf dem „geraden Wege"!

Der Genosse Kürbs ersucht uns als Leser des „Volksblatt" um Abdruck folgender Richtigstellung:

Der Bericht der Stadtverordneten-Versammlung im Volksblatt vom Dienstag den 10. cr. beschäftigt sich in längeren Ausführungen mit meiner Stellungnahme zur V. S. P. D Fraktion in dieser Körperschaft. Ganz unverblümt wird mir der Vorwurf gemacht, ich trüge durch mein Verhalten, die alleinige Schuld, daß der Posten des Stadtverordnetenvorstehers nicht in die Hände der V. S. P. D gekommen sei zur größten Freude der Bürgerlichen. Weiter wird gesagt, daß gerade ich einer von den gewesen sei, der das Verhalten der K. P. D in dieser Frage 1920 am schärfsten mit verurteilte. Zum Schluß legt man meine Ausführungen der letzten Mitglieder Versammlung der U. S. P. so aus, nunmehr auch mein Mandat niederzulegen, als letzte Konsequenz meines Verhaltens in der Einigungsfrage.

Hierzu habe ich folgendes zu erklären: Im Interesse der jetzt vereinigten Fraktionsgenossen wäre es wohl besser gewesen, diese heikle Frage mit der Besetzung des Vorsteherpostens überhaupt nicht anzuschneiden, denn es werden damit recht unangenehme Erinnerungen wach gerufen. Wie liegt denn in Wirklichkeit die Sache. Erstens steht fest, daß Gen. Hennicke tatsächlich zur K. P. D übergetreten ist, was er mir auf mein befragen erklärte. Demnach steht das Bild so aus, 28 Sozialdemokraten stehen 23 Bürgerliche gegenüber, aber was wird dann wenn Kallg. Otto u. ich, uns der V. S. P. D Fraktion angeschlossen hätten. Das bedeutet Stimmengleichheit u. somit entscheidet das Los, was immerhin eine recht zweifelhafte Sache ist. Gesetzt den Fall, ich befolgte den Rat mein Mandat niederzulegen, was dann? Der Erfolg wäre eine Stärkung der K. P. D Fraktion, denn als Nächster rückte der kommunistische Lagerhalter Herm. Schunke nach, was wäre das Ergebnis 22. V. S. P. D und 23. bürgerliche Stimmen. Wenn daß der Wunsch sein sollte, vielleicht läßt sich darüber reden.

Wie gesagt ich hänge durchaus nicht an meinem Stadtverordneten Mandate. Der Vorwurf, das Verhalten der K. P. D in der Vorsteherfrage mit am schärfsten verurteilt zu haben trifft zu. Aber aus ganz anderen Gründen als den mir unterschoben.

Wie stand doch die Sache damals: Osterburg machte als Kommunist den Vorschlag einer Arbeitsgemeinschaft, trat jedoch im letzten Augenblick, 5 Minuten vor der Wahl, auf Komando von Moskau zurück. Wenn Euch liebe Genossen von rechts, damals so viel an dem Vorsteherposten gelegen war, wie jetzt, weshalb habt ihr nicht energisch in der damaligen Fraktionssitzung eure Stellung dargelegt. Erinnert Euch einmal, der Ausführungen des jetzt nicht mehr in Halle weilenden Genossen. Wörtlich erklärte dieser hierzu folgendes: „Ich glaube es wird wohl kein Genosse unter uns sein, der eine Arbeitsgemeinschaft mit den Rechtssozialisten eingehen wollte. Selbst den Gedanken an so etwas halte ich für uns als undiskutabel. Schon aus Reinlichkeitsgefühlen könnten wir das nicht tun, das sollten unsere Genossen die draußen stehen, wohl von uns als ihren Vertreter denken."

„Lieber einen bürgerlichen Vorsteher, als eine Arbeitsgemeinschaft mit den Rechtssozialisten" war damals die einmütige Parole der ganzen Fraktion der U. S. P.

Und heute? Ja, ja, wie schnell ändern sich doch die Zeiten. Noch schneller aber die Ansichten u. Grundsätze mancher Genossen. Mir deshalb als Einzelnen aus meinem Verhalten, den Vorwurf des Verrats an der Arbeiterschaft zu machen (wenn auch nur zwischen den Zeilen) halte ich für ganz unangebracht. Ich tue heute nichts anderes was damals die ganze Fraktion tat, meine Stellungnahme gegenüber den Rechtssozialisten, ist heute genau noch so wie 1920. Denn in ihre ganze Politik, u. Handlungsweise, der Arbeiterschaft gegenüber, hat sich auch nicht das geringste gegen damals geändert. Aus diesen Gründen gab es für mich kein schwanken, weder nach links noch nach rechts. Für mich gilt nur ein Grundsatz: „Der gerade Weg ist der beste."

Carl Kürbs.

*

Wir haben der Zuschrift des Genossen Kürbs Raum gegeben, nicht weil wir uns durch seine Drohung, im Weigerungsfalle den „Klassenkampf" zu benutzen, irgendwie beeinflussen ließen, sondern weil sie in mancherlei Hinsicht charakteristisch ist. Die Aufnahme erfolgte auch ungekürzt und unverändert, weil wir uns nicht den Vorwurf zuziehen wollten, durch Aenderungen den Sinn verdreht zu haben. Dennoch sind wir nicht in der Lage, unsere Ansicht über das Verhalten der drei ehemaligen Parteigenossen (von einer Alleinschuld des Genossen K. war nicht die Rede!) zu ändern, ganz gleich, welche Haltung die Fraktion in der Vorsteherfrage nach den Behauptungen Kürbs' einmal eingenommen haben soll. Nach unseren Feststellungen ist die Fraktion der Demokraten, die jetzt den Vorsteher stellt, 20 Mitglieder stark; zwei Stadtverordnete, der von der Zentrumsliste gewählte Rektor Splett und der von der gewerblichen Sonderliste aufgestellte Kaufmann Beschke haben sich der demokratischen als Hospitanten angeschlossen. Selbst wenn man diese beiden Herren als vollgültige Fraktionsmitglieder betrachtete, würde die stärkste bürgerliche Fraktion 22 Mitglieder zählen. Die von Kürbs aufgemachte Rechnung zeigt also schon nach ganz oberflächlicher Betrachtung merkliche Fehler, ganz abgesehen von den anderen in der Richtigstellung enthaltenen Unrichtigkeiten, auf die wir heute nicht eingehen wollen. Was Genosse Kürbs mit seinen „Enthüllungen" bezweckt, ist uns ebenso unverständlich, wie seine an Ueberheblichkeit grenzende Anrede als „Freunde von Rechts". Ob Genosse K. glaubt, auf diesem von ihm eingeschlagenen „geraden" Wege irgendwelche positiven Erfolge zu erzielen, erscheint uns zum mindesten sehr zweifelhaft.

---

* **Wiedereröffnung der Krankenküche.** Die Allgemeine Ortskrankenkasse eröffnet nach einer Mitteilung des Kassenvorstandes nunmehr wieder ihre Krankenküche, aus der bettlägerige Krankenkassenmitglieder und kurberechtigte Familienangehörige zum Zweck vorbeugender Fürsorge Mittagskost auf Antrag des behandelnden Kassenarztes erhalten können. Ebenso wird Milch an kranke und bedürftige Kassenmitglieder, die an Schwächezuständen oder Tuberkulose leiden, bzw. tuberkuloseverdächtig sind, verabreicht. Nähere Auskunft wird auf der Kassengeschäftsstelle erteilt. Weiter macht der Kassenvorstand auf die neue Einrichtung der Haus- und Wochenpflege aufmerksam, die von Krankenkassenmitgliedern in Anspruch genommen werden kann. Anträge sind an die Kassengeschäftsstelle oder an die Fürsorgeschwestern und Krankenbesucher zu richten.

* **Die Teurungszuschüsse für die Kriegsopfer.** Wie uns mitgeteilt wird, hat am 7. Oktober eine Verhandlung mit den Vertretern der Organisationen und dem Reichsarbeitsministerium stattgefunden, welches folgendes Ergebnis zeitigte: Die Teurungszuschüsse werden rückwirkend vom 1. Oktober 1922 an erhöht, so daß eine Witwe, die nur auf Rente angewiesen ist, künftig monatlich 3000 Mk. erhält; Halbwaisen erhalten 1000 Mk. usw. Die Einkommensgrenzen werden mit Wirkung vom 1. November 1922 an erhöht. Von besonderer Wichtigkeit ist die Vereinbarung, daß die Teurungszulage nach § 87 des RVG. 20 mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 an von 35 Prozent auf 170 Prozent erhöht wird. Diese Erhöhung bedeutet eine Verdoppelung der bisherigen Gesamtbezüge. Da die Nachzahlung für den Monat Oktober erst gegenwärtig der Rentenauszahlung für den Monat November 1922 am 28. Oktober erfolgen kann, erhalten alle Rentenempfänger am nächsten Zahltage den dreifachen Betrag der jetzigen Versorgungsgebührnisse ausgezahlt. Was die weitere allgemeine Rentenerhöhung über den 1. November hinaus anbetrifft, so kann schon heute nach den Erklärungen der Regierung mit einem positiven Ergebnis gerechnet werden. Auch die allgemeinen Reformarbeiten für die Novelle zum RVG. 20 dürften in nächster Zeit aufgenommen werden.

* **Die neuen Fahrpreiserhöhungen.** Für die Verdoppelung der Fahrpreise im Fernverkehr der Reichsbahn am 1. November sind die näheren Bestimmungen bereits getroffen. Die Fahrausweise werden nicht überstempelt, sondern einfach zum doppelten Preis verkauft. Die Erhöhung erstreckt sich auf Einzelkarten, Zeitkarten aller Art, Arbeiterrückfahrkarten, Militärfahrkarten und Bahnsteigkarten. Die Schnellauszugszuschläge werden in der 2. und 3. Klasse ebenfalls verdoppelt. Die besonderen Hundekarten werden aufgehoben. Für jeden Hund wird eine halbe Fahrkarte 3. Klasse ohne besondere Kennzeichen ausgegeben. Die Mindestpreise für Einzelkarten werden nach der Entfernung von 7 Kilometer, die für Zeitkarten für 8 Kilometer berechnet. Sie betragen für Einzelkarten in den vier Klassen 7, 10, 18 und 30 Mk., für Monatskarten 4. Klasse 102 Mk., 3. Klasse 152 Mk., 2. Klasse 252 Mk., für Wochenkarten 4. Klasse 26 Mk. Mit Fahrkarten vom 29. bis 31. Oktober muß die Reise bis zum 31. Oktober angetreten werden.

* **Erhöhung der Wochenhilfe.** Im Provinzteil der Nummer 8 brachte das „Volksblatt" eine kurze Darstellung der zurzeit geltenden Bestimmungen über die Höhe der Leistungen der Wochenhilfe. Am Schluß der Mitteilung hieß es, daß die Verordnung ab 22. September 1922 auf schwebende Versicherungsfälle anzuwenden ist, und ebenfalls am 22. September 1922 in Kraft getreten ist. Diese Angaben stimmen, wie uns von sachverständiger Seite mitgeteilt wird, nicht ganz mit dem Gesetzestexte überein. In der Verordnung heißt es in Artikel II: „Diese Vorschriften treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Für Entbindungsfälle, die vor dem im Absatz 1 genannten Tage eingetreten sind, ist das Wochen- und Stillgeld für den Rest der Bezugszeit in dem nach diesen Vorschriften erhöhten Betrage zu zahlen." — Der Tag der Verkündung ist aber der Tag der Ausgabe des Reichsgesetzblattes, das ist im vorliegenden Falle der 29. September 1922 und nicht der Tag der Unterzeichnung des Gesetzes. Mithin gilt die Verordnung für alle Fälle ab 29. September 1922.

* **Ein folgenschwerer Dummerjungenstreich.** In den gestern abend von Teutschenthal kommenden Zug wurde in der Nähe der bekannten Eierweghrücke ein Stein geworfen. Der Stein traf mit voller Kraft ein etwa vierjähriges Kind derart an den Kopf, daß dadurch sofort der Tod eintrat. Der Zug war durch Notbremse sofort zum Stehen gekommen; trotz Absuchen der näheren Umgebung war von den wahrscheinlich dummen Jungen, die durch diese Tat zu Mördern geworden sind, keine Spur mehr zu finden.

* **Die Feuerwehr an der Arbeit.** Gestern vormittag brach in der Großen Steinstraße ein Rad eines Kohlenwagens, wodurch der Wagen auf die Schienen der Straßenbahn zu liegen kam. Hierdurch entstand eine Betriebsstörung von etwa 1 Stunde. Durch die Feuerwehr wurde das Verkehrshindernis beseitigt. — Heute früh wurde die Feuerwehr nach Eichendorffstraße 15 gerufen, woselbst ein Pferd in eine Aschengrube gefallen war. Nach halbstündiger Tätigkeit konnte sie wieder abrücken.

Versammlungen und Veranstaltungen.

Jungsozialisten. Heute abend 7½ Uhr beginnt im Jugendheim (Weidenplan) der geselligeAbend. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Achtung, Eisenbahner! Alle auf dem Boden der VSPD. stehenden Genossen des DEV., Ortsgruppe Halle, werden gebeten, zu einer Mittwoch abend 8 Uhr stattfindenden vertraulichen Besprechung nach Wildsdorfs „Gesellschaftshaus", Karlstraße 14, zu kommen. Mitgliedsbuch der Partei legitimiert. Erscheinen aller VSPD.-Mitglieder ist dringende Pflicht. Der Einberufer.

Betriebsräte im Aufsichtsrat. Donnerstag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, Versammlung im „Gewerkschaftshaus". Kollege Kaufungen spricht über „Die Aufgaben der Betriebsräte in den Aufsichtsräten."

Arbeiter-Jugend. Heute, Dienstag: Vorstandssitzung.

Nietleben. In der Heide den Tod gesucht. Am Sonntag wurde in dem Gelände „Habichtsfang" in der Dölauer Heide eine männliche Person erhängt aufgefunden. Die Leiche befindet sich in der Leichenhalle zu Nietleben. Beschreibung: Vermutlich

---

Hildas Geheimnis.

64] Roman von Maria Linden.

Hassan lachte in tiefen Gurgellauten und schlug sich vor Vergnügen auf die Schenkel, daß es schallte.

Henri Artot hatte Mühe, seine Erregung zu verbergen. Pauline hatte ihn also nicht belogen, davon war er jetzt felsenfest überzeugt. Aber seine Ueberzeugung nutzte ihm wenig. Er mußte Gewißheit haben. Die konnte er sich ja von diesem dummen, schwarzen Tölpel billig verschaffen.

„Also erzählen Sie nur weiter," sagte er gönnerhaft zu Hassan. „Waren zwei Hexen, haben gedrangsalt und geschunden armes, schwarzes Mensch," fuhr der Neger fort. „Hab bloß versteckelt Stube. War in der Aimee ihrer Stube. Bloß aus Versehen. Hatte getrunken paar Gläschen. Schmiß mich Hexe raus. Finde kein Stellung. Komme alle Tage hierher. Bezahlt immer ein guter Herr warme Mahlzeit für armen Hassan. Habe heute noch keinen Bissen Brot ins Maul gesteckt."

Löwenherz verstand den zarten Wink und bestellte für Hassan Brot und Käse, das billigste, was zu haben war. Hassan verschlang die frugale Mahlzeit förmlich. Er sammelte jede Brotkrume sorgfältig und ließ sie in seinem geräumigen Munde verschwinden, dann schaute er sich begierig nach einer zweiten Portion um.

„Wann sind die Mädel entflohen?" fragte der Artist.

„Hassan noch viel Hunger," bettelte der Neger.

Löwenherz, der im höchsten Grade geizig war, glaubte genug für den Schwarzen getan zu haben. Er fühlte sich überdies als Hassans Wohltäter und sagte herablassend:

„Es soll mir auf eine zweite Portion Brot und Käse nicht ankommen, aber vorher müssen Sie alle meine Fragen genau beantworten."

„So klein Stück Brot," jammerte Hassan. „So große Hunger."

„Erst die Arbeit, dann der Lohn," belehrte Artot den Neger. „Aufgemerkt! Wenn Sie mich belügen, reiße ich Ihnen die Zunge aus. Akrakadabra."

Der Neger klotzte den Akrobaten voller Furcht an. Das war ja ein ganz gefährlicher Mensch. Eben hatte er einen Zauberspruch gesagt. Unter anderen Umständen würde Hassan den Akrobaten nach allen Regeln der Kunst belogen haben, aber jetzt wagte er das nicht.

„Wann sind die Mädchen entflohen?" fragte Löwenherz.

„Das war, wie Hexe Geburtstag hatte," sagte Hassan. „War viel los. Jeder war anders angezogen. Haben gelangt, wie verrückt."

„Fand ein Maskenball statt?" fragte Artot.

„Ja, ja, so nannte es Charlotte!" rief der Schwarze erfreut aus. „Wie alle tanzten, fing oben an. Feuer zu werden. Die Mädel schrien wie besessen, und zwei von den Deutschen rissen aus."

„In welchem Monat war das?" fragte der Akrobat.

Der Neger sann angestrengt nach, dann erklärte er:

„Es hätte schon warm sein sollen, aber der Schnee lag noch hoch."

„Menschenkind, den Monat will ich wissen," drängte Artot. „Welcher Monat war es?"

Hassan zuckte die Achseln und schnitt eine furchtbare Grimasse. Er konnte sich die Namen der Monate nicht merken.

„Nix nich wissen," murmelte er ängstlich. „War sehr kalt, ist dann gleich geworden warm."

„Es muß also Ende März gewesen sein," dachte Löwenherz, „und zu jener Zeit ist die Deutsche zu Artots gekommen. Sie hat an dem Maskenball teilgenommen, sicher entfloh sie in dem Kostüm, denn sie hat sich kaum die Zeit genommen, es abzulegen. Sollte sie das Maskenkostüm mitgenommen haben, als sie ihre Stellung im Zirkus antrat? Kaum. Sie wird es Pauline geschenkt haben. Ich brauche ja dem guten Paulinchen nur auf die Zähne zu fühlen."

„Wie waren die Mädchen gekleidet, als sie entflohen?" fragte Artot den Neger.

Hassan kratzte seinen dicken Schädel, der mit kurzem, wolligem Haar bewachsen war und murmelte:

„Weiß nix nich. Hab nix nich gesehen Mädel."

„Ein Dummkopf, der mir gar keine Auskunft geben kann, hat keine Belohnung verdient. Dummschädel verfluchter," schalt Artot. Hassan hatte eine grobe Antwort auf der Zunge, aber der Wirt und der Kellner waren auf das Gespräch aufmerksam geworden. Der Neger war kein zahlender Gast. Er wurde hier nur aus Mitleid geduldet. Wenn er mit Löwenherz in Streit geriet, konnte er sicher sein, daß ihm der Wirt die Tür wies.

„Wie hieß die Frau, der das Haus gehört?" fuhr der Artist fort.

„Madame," sagte der Neger.

„Dummkopf, ich will ihren Namen wissen," rief Artot aus. „Wie habt ihr sie genannt?"

„Madame," wiederholte der Neger. „Aimee sagte Mama."

„Wo wohnt sie?" fragte er dann barsch.

„Weiß nix!" sagte Hassan.

„Solch ein Tier," murmelte Löwenherz.

„Schöne Haus! Sehr schöns Haus," sagte der Neger anerkennend. „Vorn kleine Garten, hinten große Garten. Hohe Mauer ringsum."

Nun verlor der reizbare Künstler den letzten Rest seiner Geduld. Er sagte zu dem Wirt: „Haben Sie je solch ein dummes Vieh gesehen? Verdient das noch den Namen Mensch? Kellner, zahlen."

Er beglich die kleine Zeche, gab dem Kellner ein sehr schäbiges Trinkgeld und verließ das Lokal.

„Ich hätte ihm gar nichts sagen sollen," murmelte Hassan in seiner Muttersprache. „Daß ihn unser Gott mit Taubheit, Lahmheit und Blindheit schlage. Daß er mitten im Golde vor Hunger und Durst verschmachte. Höre mich, du großer Gott des schwarzen Mannes."

Löwenherz beruhigte sich bald mit der Erwägung, daß er seine Zeit keineswegs verloren hätte. Er fuhr mit dem Omnibus heim. Die Frauen waren nicht in dem Häuschen, Pauline wusch im Waschhause, und Mutter Artot pflückte grüne Bohnen, die sie in Büchsen einkochen wollte.

„Paulinchen, ist nicht noch eine Tasse Kaffee übrig?" fragte Henri. „Ich komme fast vor Durst um."

„Jawohl, in der Küche steht noch Kaffee," sagte die junge Frau. „Da hast du den Schlüssel."

„Vielen Dank, reizendes Cousinchen," schmeichelte der Künstler. „Ja, wenn alle so wären wie du."

Er warf ihr einen zärtlichen Blick zu und ging in das Häuschen. Dort war die Garderobe der Familie in zwei großen Kleiderschränken untergebracht. Der Artist hielt sich nicht damit auf, den Schrank der Großmutter zu untersuchen, aber er durchstöberte Paulines Schrank. Ganz hinten in der Ecke hing das Kostüm einer polnischen Bäuerin.

Henri machte vor Entzücken einen Luftsprung. Nun mußte er nur noch feststellen, ob Pauline sich nicht etwa den Anzug angefertigt hatte, um einen Maskenball zu besuchen. Er trank etwas Kaffee und ging dann ins Waschhaus.

„Paulinchen, warst du schon auf einem Maskenball?" fragte er.

„Nein," sagte die junge Frau arglos. „Aber wenn mein Mann wiederkommt, gehen wir auf einen."

„Solch ein Kostüm kostet eine Menge Geld," bemerkte Henri. „Tanzchen wird dazu nicht süß sehen."

„Ach, ich habe ja das Kostüm, das mir unser liebes Fräulein geschenkt hat," sagte Pauline arglos, aber im nächsten Augenblick bereute sie ihre Worte, denn Henri lächelte so voll boshaften Triumphes, daß die junge Frau voller Schrecken dachte: „Er hat Böses im Schilde. O Gott, und ich habe ihm die Mittel in die Hand gegeben, eine Schlechtigkeit auszuüben zu können."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221017-19/fragment/page=0005

Handwerker, etwa 50 Jahre alt, 1,70 Meter groß, kräftige Figur, braunes Haar, etwas Glatze, langes Gesicht und englisch gestutzter Schnurrbart. Auf der rechten Hand eine 7 Zentimeter lange Narbe, von einer Schnittwunde herrührend. Kleidung: Ungeänderter hellgrauer Militärrock, schwarze Militärhose ohne Biese, schwarze Schnürschuhe, Sportmütze (Pfeffer- und Salzfarbe). Im Besitz des Toten befanden sich nur ein Haus- und ein Korridorschlüssel. Wer über den Toten Auskunft geben kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Hallischen Kriminalpolizei zu melden.

Aus der Provinz.

Der Arbeitsmarkt Sachsen-Anhalts im September.

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt berichtet:

Die Arbeitsmarktlage hat sich — parallel mit der sich verschlechternden Wirtschaftslage — im September im allgemeinen zwar ungünstig entwickelt. Es können aber die Arbeitsmarktverhältnisse z. Zt. noch nicht als schlecht bezeichnet werden, da der starke Bedarf der Landwirtschaft für die Hackfruchternte sowie die Anforderungen für die Zuckerkampagne ein wesentliches Steigen der Arbeitslosenzahl noch verhinderten. Im übrigen verringerten sich die Bedarfsmeldungen für fast alle Berufsgruppen. Es waren nur einige Streiks, die sich auf kleine Bezirke beschränkten, zu verzeichnen. Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrug Ende September 388 gegenüber 285 am Ende des Vormonats. Es entfielen auf die Regierungsbezirke Magdeburg 197 (158), Merseburg 85 (41), Erfurt 64 (50), den Freistaat Anhalt 64 (41)

Der starke Bedarf der Landwirtschaft für die Hackfruchternte konnte trotz erhöhten Angebots nicht gedeckt werden. Für die reichlich vorhandenen Knecht- und Magdstellen fanden sich kaum Bewerber.

Im Bergbau ging die Nachfrage nach Arbeitskräften wesentlich zurück. Gesucht sind noch brauchbare Häuer kräftige Förderleute und Abraumarbeiter.

Die Industrie der Steine und Erden verlangte nur einige Porzellandreher. Entlassungen nahmen Ziegeleien sowie eine Dachsteinfabrik vor. Die Entlassenen konnten anderweitig untergebracht werden.

Die Metallindustrie schränkte die Nachfrage bis auf eine verhältnismäßig geringe Zahl von hochwertigen Facharbeitern ein. Es erfolgten Betriebseinschränkungen wegen Rohstoff- und Auftragsmangels, sowie vorübergehend wegen mangelnder Brennstoffe.

Der Arbeiterbedarf der chemischen Industrie verringerte sich. Mangel an Wohngelegenheit machte einen zwischenörtlichen Ausgleich unmöglich. Arbeitsverkürzungen setzten ein.

Die Textilindustrie arbeitete noch mit Doppelschichten. Einige offene Stellen für Weberinnen blieben noch unbesetzt.

Die Beschäftigungsverhältnisse der Papier- und Lederindustrie (außer in den Handschuhbetrieben) verschlechterte sich etwas.

Rege Nachfrage bestand im Holzgewerbe nach Möbeltischlern.

Nahrungs- und Genußmittelgewerbe: Für Bäcker und Fleischer fehlte es an offenen Stellen. Das Brauereigewerbe sah sich durch die Verminderung des Bierabsatzes gezwungen, Entlassungen vorzunehmen. Die Tabakindustrie schränkte an vielen Orten den Betrieb ein. Auch die Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken schritten zu weiteren Entlassungen. Nur die rübenverarbeitenden Zuckerfabriken und vereinzelt Konservenfabriken nahmen Arbeitskräfte an.

Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe: Der Bedarf an Schneidern ging in der 1. Monatshälfte zurück. Später besserte sich die Lage. Weibliche Fachkräfte wurden hingegen entlassen. Der Geschäftsgang der Schuhindustrie flaute ab. Einige Friseure sahen sich gezwungen, ihr Geschäft zu schließen und sich erwerbslos zu melden.

Im Baugewerbe ließen infolge der hohen Materialpreise und Löhne die Aufträge im allgemeinen nach. Gute Arbeitsgelegenheit bestand noch für Maurer.

Durch Entlassungen, besonders von Druckern und Setzern, sowohl aus Buchdruckereien als auch aus Zeitungsbetrieben, schritt die Verschlechterung der Lage im Vervielfältigungsgewerbe fort.

Im Handelsgewerbe ruht die Vermittlungstätigkeit fast gänzlich. Das Angebot von Anfängerinnen (Handelsschülerinnen) und Verkäuferinnen stieg.

Das Gastwirtsgewerbe war fast nur aufnahmefähig für Mamsells, die aber auf dem Arbeitsmarkte fehlen. Aus Saisonbetrieben zurückkehrende Kellner blieben meist stellungslos.

Ungelernten und jugendlichen Kräften bot die Industrie kaum noch Arbeitsgelegenheit dagegen war Unterbringung bei Erd- und Transportarbeiten vielfach möglich.

In der Hauswirtschaft verringerte sich die Zahl der offenen Stellen. Das Angebot verstärkte sich.

Merseburg. Milchverkaufspreis. Seit Sonntag den 15. Oktober, beträgt der Kleinverkaufspreis für das Liter Vollmilch für alle Verbraucher einheitlich 40 Mk. Milchverkäufer, die vom 16. Oktober 1922 an mehr als den vorstehend veröffentlichten Preis für das Liter Vollmilch verlangen, bittet der Magistrat bei der Preisprüfungsstelle anzuzeigen, damit gegen die Betreffenden wegen Preiswuchers eingeschritten und ihnen nötigenfalls der Handel mit Milch entzogen werden kann.

Roßbach. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurden die Sätze der Gemeindeschankkonzessions-Steuerordnung wesentlich erhöht. Der Stundenlohn für die Handarbeitslehrerin wird ab 1. Oktober auf 15 Mk. erhöht. Eine ausgedehnte Debatte entfaltete sich über anderweite Festsetzung der Ackerpächte für die Gemeindeländereien. Unsere Vertreter forderten, daß keine zu hohen Pachtbeträge gefordert werden sollten; die Vertretung beschloß darauf, für das kommende Wirtschaftsjahr pro Morgen zwei Zentner Roggenpreis nach dem Stande am 1. Oktober 1922 und am 1. April 1923 zugrunde zu legen. Den Pächtern soll freigestellt werden, vierteljährlich zu zahlen. An Stelle der aus der Wohnungskommission ausscheidenden Mitglieder werden der Lagerhalter Voigt und der Maurer Hermann Theuring gewählt. Ferner wurde die Entschädigung der Schulreinigung aufgebessert. — Der Haushaltsplan wurde abgeändert und die Gemeindezuschläge wie folgt festgesetzt: 10 000 Prozent zur Grundsteuer, 1500 Prozent zur Gebäudesteuer, 2000 Prozent zur Gewerbesteuer (Klasse 3 und 4), 8000 Prozent zur Gewerbesteuer der Klassen 1 und 2. Der Plan schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 614 000 Mk. Die Vertretung beschloß ferner, noch 30 Kirsch- und 10 Birnbäume anzupflanzen. Um die Ausgaben für einen Nachtwächter zu ersparen, wurde weiter beschlossen, ab 1. November Reihen-Nachtwache einzuführen, und zwar soll jeder Haushaltungsvorstand einschließlich Mieter, eine Nacht dieses Amt ausüben! Man hofft, daß die Einwohner für die Sache Verständnis zeigen, damit größere Lasten vermieden werden! Die Lustbarkeitssteuer wird ab 1. November um 50 Prozent erhöht. Der Einführung der Kirchensteuer ab 1. April 1923 wurde ebenfalls zugestimmt. Der Bahnhofsweg und die Neue Straße sollen frisch bekiest werden. Als Gemeindediener wurde der Berginvalide Reinhold Busch bestimmt. Die noch auf der Tagesordnung stehende Abnahme der Gemeinderechnung wurde wegen vorgerückter Nachtstunde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Papitz. Gemeinderatssitzung. Am Freitag fand im Sitzungszimmer der Gemeindeverwaltung eine Gemeinderatssitzung statt. Die Bezüge der Angestellten und Lehrlinge der Verwaltung und die Löhne der Gemeindearbeiter wurden neu festgesetzt und der Gemeindevorsteher ermächtigt, künftig die Bezüge prozentual der Erhöhung der Beamtengehälter selbständig zu steigern. Um der minderbemittelten Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich mit Kartoffeln für den Winter einzudecken, wurde beschlossen, von dem Kreditangebot des Kreises Gebrauch zu machen und eine Anleihe von 200 000 Mk. zu erbitten. Der Gemeindevorsteher gab eingehenden Bericht über die Verhandlungen mit den in der Umgebung liegenden Rittergütern. Er wies besonders darauf hin, daß bei dem wenig entgegenkommenden Verhalten einzelner Rittergüter erhebliche Schwierigkeiten für eine günstige Beschaffung von Kartoffeln bestanden haben. Mit besonderem Danke wurde das Rittergut Ermlitz erwähnt, welches der Gemeinde ein außerordentliches Entgegenkommen auch hinsichtlich des Preises gezeigt hat. Mit Rücksicht darauf, daß der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 noch nicht beraten werden konnte, wurde auf Antrag des Gemeindevorstehers beschlossen, ihn zu ermächtigen, die zur Fortführung der Verwaltung notwendigen Ausgaben selbständig zu bestreiten. Der Gemeindevorsteher nahm hierbei Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß die schwierige Finanzlage der Gemeinde die Finanzkommission in einer Sitzung eingehend beschäftigt habe. Auf Grund dieser Besprechungen habe er sich verpflichtet gefühlt, den im Juli d. J. aufgestellten Haushaltsplanentwurf unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse umzuarbeiten. Das bereits im Juli ungünstige Bild hat sich erschreckend verändert. Von keiner Gemeindevertretung kann die Annahme eines solchen Haushaltsplans erwartet werden. Kein Gemeindeverordneter wird die Verantwortung für die Auswirkung eines Haushaltsplans übernehmen, der die Erhebung von Realsteuerzuschlägen von 36 000 Prozent, 24 000 Prozent und 14 000 Prozent notwendig macht. In einer vom Gemeindevorsteher ausgearbeiteten Denkschrift ist das ganze Finanzelend der Gemeinde treffend geschildert und der Weg gezeigt, der aus der katastrophalen Lage herausführen kann. Nur durch eine andere Zuschußverteilung der Reichseinkommensteueranteile (und zwar unter Zugrundelegung des Steuersolls des jeweils laufenden Steuerjahres) und durch Schaffung eines leistungsfähigen Kommunalverbandes kann die Gemeinde vor dem Zusammenbruch bewahrt bleiben. Die Eingemeindung von Altscherbitz und Modelwitz darf nicht mehr länger hinausgezögert werden. Die dem Landrat und dem Regierungspräsidenten übersandte Denkschrift wird hoffentlich bei den Aufsichtsbehörden ihre Wirkung nicht verfehlen und dazu beitragen, die in den Verhältnissen schuldlosen Gemeinden endlich aus dem unerträglichen Finanzelend herauszuführen.

Naumburg. Teurungsversammlung — Radauversammlung. Die KPD. scheint auf einen neuen Trick verfallen zu sein, indem sie versucht, überall dort, wo sie Einfluß auf die Ortsausschüsse des ADGB. besitzt, die Gewerkschaften vor ihren elenden Krümperwagen zu spannen. Kein anständiger Mensch besucht noch eine von den Bolschewisten einberufene Versammlung, da jeder Versammlungsbesucher von vornherein mit Anrempelungen, Anpöbelungen und Tätlichkeiten rechnen muß. Die vom Ortsausschuß des ADGB. am letzten Freitag einberufene Versammlung im „Schützenhaus“ hatte wieder das typische Gepräge einer Bolschewisten-Versammlung angenommen. Außer dem Vorsitzenden der Versammlung, dem Gen. Rublack, der notgedrungen als Kartellvorsitzender anwesend sein mußte, und dem Referenten Gen. Hojanski (Merseburg), sowie noch einigen Genossen der VSPD. waren etwa 200 Bolschewisten angerückt, die Galerie und Saal besetzt hatten. Gen. Hojanski legte in durchaus sachlicher, einwandfreier Art unsere gegenwärtige Wirtschaftslage dar; er schilderte die verschiedenen Ursachen, die zusammenwirkend die jetzige Teurung geschaffen haben. Schon während des Vortrages erschollen brüllende Zwischenrufe, die sich später zu einem großen Spektakel verdichteten, als Herr Fickert und der sattsam bekannte junge Herr Wieprecht in ihrem Kaschemmenton versuchten den ADGB. als den Ausbund aller Schlechtigkeit hinzustellen. Welchen Zweck derartige Versammlung erfüllen sollen — es wurden 5 Mk. Eintrittsgeld erhoben — bleibt unerklärlich, denn da nur Bolschewisten anwesend waren, konnten sie Andersgesinnte nicht überzeugen, und die Bolschewisten schimpfen sowieso täglich auf den ADGB. und die Gewerkschaftsbonzen, so daß die Anberaumung einer besonderen Versammlung zu dem Zwecke unnütz erscheint. Letzten Endes sind unsere Leute auch zu schade dafür, sich von den Bolschewisten anekeln zu lassen!

Naumburg. Ein großer Hoteldiebstahl wurde am Montagmorgen im „Schwarzen Roß“ ausgeführt. Einem nur auf kurze Zeit aus dem Zimmer gegangenen Gaste wurde aus seiner Brieftasche deutsches und ausländisches Bargeld in Höhe von dreiviertel Millionen gestohlen, außerdem Depotscheine, Aktien und Schecks im Werte von hundert Millionen Mark. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Zur Sangerhäuser Kreistagswahl.

Sangerhausen. An die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes! In der Stadt Sangerhausen finden die Wahlen jetzt, am 22. Oktober, zum ersten Male in der Art statt, daß die von den weiblichen Wählern abgegebenen Stimmen besonders gezählt werden. Frauen und Mädchen, geht darum sämtlich zur Wahl! Wählt die „Sozialistische Einheitsliste“ und beweist dadurch, daß Ihr auch im politischen Kampfe treu an der Seite Eurer Männer, Eurer Klassengenossen und Berufskollegen steht!

Sangerhausen. Ein Erfolg unserer Kritik. Wie wir hören, hat der Kreisausschuß kürzlich seinen Beschluß, dem Landrat die Gardinen für seine Privatwohnung aus Kreismitteln zu beschaffen, wieder aufgehoben, so daß der Landrat die selbstverständlich trotz der bisher fehlenden Zustimmung des Kreistags längst beschafften Gardinen nunmehr selbst käuflich übernommen hat. Da das sicherlich zum Einkaufspreis geschehen ist, liegt darin letzten Endes für den Landrat immer noch eine ganz nette Ersparnis auf Kreiskosten. Das Wesentlichste und Interessanteste an der Sache aber ist, daß jetzt kurz vor der Kreistagswahl jener Beschluß wieder aufgehoben wird, der in allen Kreisen der Bevölkerung Befremden und Unwillen über diese „sparsame“ und zumindest eigenartige Verwendung der Steuermittel des Kreises ausgelöst hatte. Offenbar haben sich die Väter dieses Beschlusses also doch nicht getraut, ihn vor der Wählerschaft zu vertreten. Da der Landrat bekanntlich in der Lage ist, ein großes Haus zu führen und demnach über die Mittel dazu verfügen muß, so wären die bürgerlichen und kommunistischen Väter dieses Beschlusses zweifellos auch bei ihrer eigenen Anhängerschaft damit übel angekommen. Die Wählerschaft aber ersieht auch aus diesem Beispiel aus der Verwaltung des Kreises Sangerhausen wieder, daß ihr eigenes Interesse verlangt, den Einfluß der Sozialdemokratie im Kreishause zu stärken. Darum: Wählt am 22. Oktober die „Sozialistische Einheitsliste“!

Bitterfeld. Am Freitag, dem 13. Oktober fand im „Bürgergarten“ eine Versammlung der Angestellten von Werk I der Chem. Fabrik Griesheim-Elektron statt. Der Besuch war gut zu nennen. Ein Zeichen, daß auch die Angestellten erkennen, daß nur Einigkeit zum Ziele führt. Das Hauptthema war Stellungnahme zum Schiedsspruch, der am 10. Oktober gefällt worden war. In der Diskussion, welche sehr lebhaft war, wurde der Schiedsspruch einer scharfen Kritik unterzogen. Von allen Rednern wurde die große Teurung mit den minimalen Zugeständnissen verglichen. Es wurde besonders hervorgehoben, daß die Werke ihre Ware zu möglichst hohen Preisen an das Ausland liefern. Es ist unverständlich, daß die Werke ihren Angestellten aber die niedrigste Bezahlung anbieten und es sogar erst zum Schiedsspruch kommen lassen. Auf der einen Seite hoher Profit, auf der anderen Seite Hungerlöhne. Schließlich wurde das Ueberstundenwesen scharf kritisiert. Es wurde von den Kollegen mehr Solidaritätsgefühl verlangt, damit auch der Klassendünkel fällt. Hervorgehoben wurde, daß die Angestelltenschaft genau so als Ausbeutungsobjekt betrachtet wird, wie die Arbeiter selbst. Nach einigen Schlußbemerkungen wurde die Versammlung vom Vorsitzenden um 11½ Uhr geschlossen. Das Resultat der am Sonnabend erfolgten Gesamtabstimmung ist folgende: 225 Stimmen für Ablehnung des Schiedsspruchs, 23 Stimmen für Annahme; 6 Stimmzettel waren ungültig. Das Abstimmungsergebnis auf den anderen im Bitterfelder Bezirk liegenden Werken hat ähnliche Resultate gezeitigt. Somit ist der Schiedsspruch im hiesigen Bezirk abgelehnt. Am Dienstag, dem 17. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Bürgergarten“ eine Versammlung der Angestellten des ganzen Bitterfelder Bezirks statt.

Holzweißig. Im Zeichen des Einsseins. Am Freitag, dem 13. Oktober, fand unsere örtliche Einigungsversammlung statt. Die Genossen beider Organisationen waren fast vollzählig erschienen. Ist es doch wohl jedem ehrlichen Sozialdemokraten ohne weiteres klar, daß es von nun an gilt, den Bruderstreit zu vergessen, um mit vereinter Kraft an dem Aufbau der VSPD. zu wirken. Genosse Theuerjahr eröffnete die Versammlung. Die Genossen Siermann und Thäle gaben den Jahresbericht der beiden ehemaligen Ortsgruppen. Durch beide Berichte klangen die großen Schwierigkeiten, die hier in Holzweißig zu überwinden waren. Es waren in erster Linie Folgen der unseligen Zersplitterung. Trotzalledem konnte aber festgestellt werden, daß die VSPD. marschieren wird. Auf Anregung wurde die Zusammensetzung des Vorstandes paritätisch vorgenommen. 1. Vorsitzender wurde Genosse Theuerjahr, 2. Vorsitzender Gen. Prautzsch; Kassierer Genosse Welz; Schriftführer und Berichterstatter Gen. Siermann, Expedient Genosse Pötsch; Revisoren die Genossen Grügel und Trappiel. Im Anschluß daran gab Gen. Prautzsch Bericht von der letzten Gemeinderatssitzung. Er legte dar, daß die gesamte Linke im Gemeindeparlament sich stets von dem Gedanken leiten läßt, Kommunalpolitik im Interesse der gesamten Einwohner zu treiben. Mit seinen Ausführungen fand er den Beifall aller Genossen. Die Zeitungsangelegenheiten wurden von neuem geregelt, so daß Versäumnisse nicht mehr vorkommen dürften. Alle An- und Ummeldungen sind an den Expedienten Genossen Albert Pötsch, Petersrodaer Straße 47, zu richten. Gegen 12 Uhr wurde die Versammlung geschlossen. Bemerkenswert war der frohe Kampfgeist, der alle Ausführungen durchzog. Allen Genossen muß es jetzt Ehrenpflicht sein, für die VSPD. zu werben und zu wirken. Für alle Arbeiter, die durch die Auswüchse des Bruderkampfes Zweifler wurden und sich abseits stellten, ist es an der Zeit, sich selbst zu besinnen und zu bedenken, daß jeder sein Los verbessern kann durch Anschluß an die Sozialdemokratie.

Gräfenhainichen. Einigungsversammlung. Nachdem die Vorstände der beiden sozialistischen Parteien in einer besonderen Vorstandssitzung sich grundsätzlich über die Zusammenlegung der beiden Parteien geeinigt hatten, fand am Mittwoch, dem 11. Oktober, im Jugendheim die Einigungsversammlung statt, zu der Genosse Kämpf von Bitterfeld erschienen war. Er gab einen eingehenden Bericht über Augsburg, Gera und Nürnberg. Seinem mit Beifall aufgenommenen Vortrage folgte auf Anregung des Versammlungsleiters, Genossen Ließ, der kraftvoll sprudelnde, immer wirkende Gesang: „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!“ Ohne Ausnahme waren alle Anwesenden für die Einigung. Unsere alte Fahne mit der Inschrift: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ schmückte das Zimmer. Die Vorstandswahl ging ohne Schwierigkeiten vonstatten. Die Genossen Ließ, Böhla und Speer traten neu in den jetzt erweiterten Vorstand ein. Auf der Tagesordnung stand noch als wichtigster Punkt: „Volksblatt“-Agitation. Es wurden acht Werbebezirke gebildet. Der Punkt „Verschiedenes“ hielt die Mitglieder noch lange beisammen, so daß die Versammlung erst gegen 12 Uhr geschlossen werden konnte.

Zschornewitz. Verschmelzung der sozialistischen Parteien. Nachdem der letzte Parteitag der SPD. und der USPD. die Wiedervereinigung der beiden Parteien grundsätzlich ausgesprochen hatte, wurde auch hier in unseren Industrieorten Zschornewitz-Golpa am Dienstag, dem 10. Oktober, in einer gutbesuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung die Verschmelzung beider Parteien zu einer Ortsgruppe vollzogen. Ernst und würdig und ohne die geringste Störung ging der feierliche Akt vonstatten. Was vor Jahresfrist wohl schon so mancher gewünscht und gehofft, aber immer noch nicht geglaubt hatte, daß es schon so schnell in Erfüllung gehen werde, das ist da und alles Trennende ist verschwunden. Daß der alte sozialistische Kampfgeist auf beiden Seiten noch vorhanden war, davon legte die hiesige Einigungsversammlung beredtes Zeugnis ab, und es war eine wahre Freude, zu hören, wie nach der vollzogenen Einigung die Anregungen von allen Seiten aus der Versammlung kamen und so dem neuen Vorstand eine Fülle von Aufgaben stellten. Eifrig diskutiert wurde die Frage der bevorstehenden Auslosung der Schöffen und Geschworenen, die gerade für uns Sozialisten von besonderer Wichtigkeit ist. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, daß er in die im Gemeindeamt ausliegende Wahlliste Einsicht nimmt, ob auch sein Name darin verzeichnet ist. Dann wurde die Frage der Jugenderziehung, die, wie allseitig betont wurde, gerade in Zschornewitz viel zu wünschen übrig läßt, eifrig besprochen. Die Jugenderziehung, wie sie in unserem sogenannten Schwesternheim gepflegt wird und die ihren Ausdruck in der letzten Sonnenwendfeier fand, vergiftet unsere Jugend. Auch der gegenwärtige Kurs der Kirche wurde von mehreren Rednern gestreift. Dabei wurde scharf kritisiert, daß es noch immer Sozialisten gebe, die sich zu dem Amt eines Kirchenvertreters hergeben. Hier müsse endlich einmal reine Bahn geschaffen werden. Ferner wurde auch die gegenwärtige eigenartige Zusammensetzung der Gemeindevertretung, die den heutigen Verhältnissen in keiner Weise mehr entspricht, ausgiebig besprochen. Alles in allem hat die Versammlung genügend gezeigt, daß es in einer politischen Gemeinde für eine Partei, die zur positiven Mitarbeit bereit und entschlossen ist, eine Fülle von Arbeit gibt. Auf verschiedene hier angeschnittene Fragen werden wir noch zurückkommen. Daß diese Wiedervereinigung an einem großen Teil der abseitsstehenden Arbeiter nicht wirkungslos vorübergegangen ist, bezeugt, daß bereits am nächsten Tage eine ganze Anzahl alter Parteigenossen, die während des häßlichen Bruderkampfes parteilos wurden, wieder ihren Eintritt erklärten mit der Bitte, ihren Eintritt bis zum Einigungsparteitag in Nürnberg am 24. September zurückzudatieren. Können wir auf dem soeben begonnenen Wege weiterschreiten, dann können wir auch trotz der gegenwärtig sehr schweren Zeit beruhigter in die Zukunft blicken, denn nur eine einige und starke Partei ist in der Lage, uns aus dem gegenwärtigen Elend zu befreien. Darum auf, Parteigenossen! Alle heran an die Arbeit!

Wittenberg. Revolverheld. Der kriegsverletzte Fleischer Paul Krüger hantierte in einer Gastwirtschaft in angetrunkenem Zustand mit einem Revolver und bedrohte die Gäste. Beim Eintreffen des herbeigerufenen Wachtmeisters Zimmermann schoß K. auf ihn und verletzte ihn schwer. Krüger konnte entwaffnet und verhaftet werden.

Gewerkschaftliches.

Die große Wunde.

In der „Betriebsrätezeitung“ Nr. 10 berichtet die Reichsbetriebsrätezentrale über die Maßnahmen, die bezüglich der Einberufung eines Betriebsrätekongresses getroffen wurden. Die Entschließungen des Bundesausschusses des ADGB., die gegen den kommunistischen Rummel Stellung nehmen, sind abgedruckt. Das Heft enthält ferner zwei Aufsätze „Die große Wunde“ und „Wirtschaftsfrieden oder Kampf“, die den Inhalt von Büchern kritisieren, die sich gegen den Sozialismus wenden. „Die Rentabilität des Unternehmens im Zeichen der Geldentwertung“ behandelt Dr. Grelling; Dr. Flatow veröffentlicht eine größere Arbeit über die „Grundbegriffe des kollektiven Arbeitsrechts“. Die Teurung und ihre Abwehr behandelt der Schriftleiter Dr. Striemer, der als Hilfsmittel sich bildlicher Darstellungen bedient und das Verhältnis der Güter Hervorbringenden zu den Güter Verbrauchenden beleuchtet. Eine Anzahl weiterer Beiträge arbeitsrechtlicher Natur sind in dem Heft enthalten.

Ein Sieg des tschechischen Grubenkapitals.

Nach einer Prager Meldung ist der Ostrauer Bergarbeiterstreik beigelegt worden. Die Arbeit ist am Montag wieder aufgenommen worden. Die Unternehmer haben die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit statt der bisher sechsstündigen und die Herabsetzung der bisherigen Lohnsätze durchgesetzt. Damit dem deutschen Unternehmertum ein ähnlich leichter Sieg gelingt deshalb betreiben die Kommunisten mit aller Macht die Zersplitterung der Gewerkschaften.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221017-19/fragment/page=0006